

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Dienstag, 27. Mai 1879.

Postzahl

Sub an die Expedition in Leipzig zu senden.

Insertionsgebühren

für die Spaltenzeile 20 Pf. unter Eingabe 20 Pf.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gerechtigkeit!»

Nachabonnements für den Monat Juni werden von allen Postämtern des Deutschen Reiches und der Oesterreichisch-Ungarischen Monarchie sowie für Leipzig von der Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung in Leipzig (Querstraße Nr. 29) zum Preise von 2 Mark 50 Pf. angenommen. Von auswärts können Nachabonnements für diese Zeit auch direct bei der Expedition erfolgen zum Preise von 3 Mark und ist dieser Betrag franco einzuschicken, worauf die Zusendung jeder Nummer unter frankirtem Kreuzband geschieht. Angehts der in diesem Monat fallenden Verhandlungen des Deutschen Reichstages wird zu zahlreicher Betheiligung an diesem Nachabonnemente aufgefordert.

Telegraphische Depeschen.

* Berlin, 24. Mai. Sr. Maj. gebiete Corvette Prinz Adalbert, 12 Geschütze, Commandant Kapitän zur See Mac Lean (Sr. königl. Hoh. Prinz Heinrich an Bord), ist am 23. Mai glücklich in Yokohama eingetroffen. Sr. Maj. Glattdes Corvette Nymphen, 9 Geschütze, Commandant Corvettenkapitän Sattig, ist am 6. Mai in Norfolk eingetroffen.

* Berlin, 24. Mai. Das diesjährige Uebungsgeschwader, bestehend aus Sr. Maj. Schiffen Friedrich der Große, Kronprinz, Friedrich Karl, Preußen und Sr. Maj. Aviso Grille, ist unter den Oberbefehl des Contreadmirals Kinderling am 22. Mai in Kiel formirt worden.

* Kissingen, 24. Mai. Der Herzog Ernst von Sachsen-Koburg ist zum Besuche bei dem Kronprinzen des Deutschen Reiches eingetroffen. (Köln. Z.)

* München, 25. Mai. Prinz Karl von Preußen ist gestern von seiner italienischen Reise hier eingetroffen. Derselbe wird heute Abend die Reise nach Berlin fortsetzen.

* Budapest, 24. Mai. In der heutigen Sitzung des Unterhauses brachte der Abg. Helffy eine Interpellation wegen Vorlegung der österreichisch-türkischen Convention ein. Der Ministerpräsident Tisza sagte die Beantwortung dieser Interpellation für die nächste Woche zu.

* Versailles, 24. Mai. Deputirtenkammer: Der Deputirte Cassagnac führte Klage über die Ausdrücke, welche in der letzten Sitzung der Kammer auf ihn von dem Unterstaatssecretär im Justizministerium, Goblet, angewendet worden waren, und verlangte, daß Goblet von der Tribüne aus die von ihm gebrauchten Worte entschieden zurücknehme. Der Unterstaatssecretär Goblet erklärte darauf, daß er nicht die Absicht gehabt habe, Cassagnac zu beleidigen, indes verlange die Regierung, daß sie respectirt werde. Hiernach fand ein lebhafter Zwischenfall statt, welcher durch den Deputirten Baudry d'Asson veranlaßt wurde. Baudry d'Asson wurde infolge dessen zur Ordnung gerufen, auch wurde demselben sodann noch ein Verweis erteilt. Cassagnac bestieg darauf von neuem die Tribüne, verlangte vollständige Erklärungen von dem Unterstaatssecretär Goblet und schloß mit Goblet provocirenden Ausdrücken. Der Zwischenfall endete damit, daß Cassagnac zur Ordnung gerufen wurde. Von Cassagnac sind später Zeugen an Goblet geschickt worden.

* Paris, 24. Mai. Der Präsident Grévy hat

heute ein Decret unterzeichnet, durch welches abermals 400 wegen des Communeaufstandes Verurtheilte begnadigt werden.

* Paris, 25. Mai. Admiral Saiffet ist heute Vormittag gestorben.

* London, 24. Mai. Nach einer Mittheilung der Times würde England den Bestimmungen des Friedensvertrages mit Afghanistan zufolge die Thäler von Kuran, Sibi und Bischin nicht als annectirte, sondern nur als seiner Verwaltung unterstellte Gebiete behandeln und den Ueberschuß aus den Einkünften an den Emir abführen; demselben sei vorbehalten die strieten Ausführung des Vertrages eine Jahresrente von 120000 Pfd. St. garantirt worden.

* London, 24. Mai nachmittags. Dem Reuter'schen Bureau wird über Saint-Vincent aus der Capstadt vom 8. Mai gemeldet, die Vorwärtsbewegung der englischen Truppen in das Zululand werde in einigen Tagen beginnen, Oberst Wood werde, sobald General Chelmsford in Kambula angekommen sei, die Offensive ergreifen. Im Lager von Inyezane befänden sich viele Kranke.

* London, 24. Mai. Die Deutsche Kaiserin ist gestern Abend abgereist; dieselbe hat in Dover übernachtet und wird heute Morgen ihre Reise fortsetzen.

* Brüssel, 24. Mai abends. Die Deutsche Kaiserin ist, von London kommend, heute Mittag 1 Uhr in Ostende eingetroffen und daselbst von dem deutschen Gesandten empfangen worden. Um 2 Uhr begab sich die Kaiserin nach der königlichen Residenz Laeken, wo die Ankunft um 4 Uhr erfolgte. Von Laeken geht die Kaiserin voraussichtlich um 5 Uhr die Reise fort.

* Petersburg, 24. Mai. Nach einem aus Taschkend hier eingegangenen Telegramm vom heutigen Tage ist General Kaufmann nach Petersburg abgereist.

* Petersburg, 25. Mai. In Bezug auf die Untersuchung gegen den mehrfach genannten Arzt Dr. Weimar, von dem Solowiew den Revolver erhalten haben soll, sind durch die auswärtige Presse eine Anzahl gänzlich erfundener Erzählungen verbreitet worden. Derselbe steht und stand nie mit dem Großfürsten-Thronfolger in irgendwelchem Verhältnis. Er ist nie im Hauptquartier des Casarewitsch gewesen. Dr. Weimar war seinerzeit einer fliegenden Sanitätsabtheilung attachirt, die auf Kosten der Großfürstin-Cäfarewna formirt worden war; diese fliegende Sanitätsabtheilung befand sich beim Gardecorps unter Befehl des Großfürsten Nikolaus bei Plewna und Gornia

Dubnia, später unter Gurko vor und jenseit des Balkans. Nach Beendigung des Krieges wurde diese Sanitätsabtheilung aufgelöst und lehrte nach Petersburg zurück. Die sämmtlichen Mitglieder, und unter ihnen Dr. Weimar, wurden der Großfürstin-Cäfarewna, auf deren Kosten die Abtheilung unterhalten war, vorgestellt. Dies ist das einzig Thatsächliche. Generell kann den verschiedenen Behauptungen gegenüber noch ausgeführt werden, daß in politischen Processen die Voruntersuchung von Gensdarmereioffizieren mit Procuratoren gemeinschaftlich geführt wird, worauf die gerichtliche Untersuchung durch Mitglieder der Gerichtshöfe erfolgt. Incriminirte können auf Beschluß der Untersuchungsrichter gegen Caution entlassen werden, nie aber auf Verwendung irgendwelcher Personen.

* Kiew, 24. Mai. Ueber den hier am 12. Mai verhandelten politischen Proceß theilt das Journal Kijewskij Gubernskij Wedomosti Details mit. Danach waren vor dem Kriegsgericht 14 Personen erschienen, darunter ein preussischer Unterthan Namens Ludwig Brandtner, einige Edelleute sowie Mädchen und Frauen der höhern Stände. Die Anklage lautete auf Theilnahme an einer verbotenen Gesellschaft, welche den Zweck verfolgte, die bestehende Staatsordnung umzuwerfen. Brandtner und zwei andere Personen waren außerdem noch des bewaffneten Widerstandes gegen Polizeibeamte angeklagt. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen. Brandtner und ein Unbekannter, welcher sich den Namen Antonow beigelegt hatte, wurden zum Tode durch Erschießen verurtheilt. Die übrigen Angeklagten wurden zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und zu Zwangsarbeiten von 4—14 Jahren und 10 Monaten verurtheilt.

* Bukarest, 24. Mai. Bei der im ersten Wahlo Collegium stattgehabten Senatorenwahl sind 14 Liberale und 16 Conservative gewählt worden. Unter den gewählten Liberalen befinden sich Brătianu und Cogălniceanu (beide sind doppelt gewählt); ferner Cernat und Bibescu, und unter den gewählten Conservativen Demeter Ghika, Vorescu, Stratt, Stirbey, Mavrogeni, Catargiu, Florescu und Manu.

* Wien, 24. Mai abends. Meldungen der Politischen Correspondenz. Aus Philippopol von heute: „Die neuesten Untriebe der Intransigenten bezweckten, die Installation Aleko-Pascha's zu verhindern. Jedoch wirkten die besonnenen Bulgaren im Vereine mit dem Keffen Aleko-Pascha's diesen Tendenzen kräftig entgegen. General Obrutschew ist von Burgas nach Plovadia abgereist.“ — Aus Athen von heute: „Zwischen den Cabineten in Paris und London findet

Leipziger Stadttheater.

B-sch. Leipzig, 25. Mai. In der gestrigen Vorstellung von Lessing's „Minna von Barnhelm“ trat Fr. Satran, die neugewählte Vertreterin für das Gebiet der sogenannten sentimentalen Liebhaberinnen, in der Titelrolle auf, welche in ihrer interessanten Mischung von Gefühlsmäßigkeit und heiterer Schalkhaftigkeit jenem bezeichneten Fache eigentlich etwas ferner liegt. Nichtsdestoweniger brachte Fr. Satran diese anziehende und reizvolle Mädchensgestalt in sympathischer Weise zur Geltung. Die poetische Zeichnung dieses Charakters bewegt sich indes innerhalb jener feinen Linien, die das Grenzgebiet des rein Weiblichen von dem Unweiblichen in kaum merklicher Weise trennen. Die Art, wie Minna ihre Liebe dem entsagenden Tellheim fast anbringt, streift schon fast hinaus über jene zarte Linie, wo der edle weibliche Stolz das Opfer des leidenschaftlichen Herzens wird: ein Conflict, der sonst mehr Gegenstand der Tragödie als des Lustspiels ist. Nur dem taktvoll feinstinnigen Spiel kann es gelingen, das Verleedende, das für den Zuschauer in dem Heraustrreten aus jener Grenze liegt, zu vermeiden. Fr. Satran überwand diese Schwierigkeit in glücklicher Weise. Als trefflich gespielt müssen wir auch die Scenen bezeichnen, in der sie Tellheim's Anwesenheit erfährt. Das jubelnde Aufjauchzen, der heiße Rausch, der das liebende Mädchen bei dieser Nachricht ergreift, stürte doch in dem Moment nicht die Linien einer distinguirten weiblichen Haltung. Fr. Satran, welche durch Beifall ausgezeichnet wurde, dürfte nach dieser Probe im Gebiete des Lustspiels in

der Gunst des hiesigen Publikums gerade nach dieser Richtung hin sich bald beseßigen.

Als Franziska trat an diesem Abend eine Debutantin, Fr. Galimberti (wol ein Pseudonym?), aus Wien auf: eine junge und zierliche Erscheinung, noch etwas unsicher zwar, aber nicht ohne natürliche Grazie. Das Organ hat zuweilen etwas Gedrücktes und Räselndes und bedarf jedenfalls noch der strengsten methodischen Bildung. Franziska's Schelmereien kamen in dem Spiele der jungen Dame zwar nicht alle gleich scharf und pointirt zum Ausdruck, vieles war gewissermaßen nur angedeutet, was voller gegeben werden konnte; doch dürfte das einer möglichen Befangenheit zuzuschreiben sein. Das Publikum zeigte sich der Debutantin gegenüber durchaus wohlwollend. Von den übrigen Mitwirkenden sind Hr. Grube als Tellheim, Hr. Johannes als Werner, Hr. Pettera als Just sowie Hr. Eichwald als Wirth an dieser Stelle schon genügend charakterisirt worden.

— Leipzig, 24. Mai. Nach jahrelanger Pause ist Vorhing's „Undine“ wieder einmal in unserm Opernrepertoire erschienen, um vermuthlich nach kurzer Zeit wieder von demselben zu verschwinden. Das Vorhing, der Dolmetscher der beschränkten Gemüthlichkeit und Vertreter der dieser Sphäre angehörenden Komik, nicht auch im Gebiete der Romantik heimisch sein konnte, liegt in der Natur der Sache. Für dieses letztere gebrach es ihm an dem Schwunge der Phantasie, an der „Hülle der poetischen Gestalt“. Am glücklichsten erweist er sich noch in der „Undine“ in den komischen Epifoden, in den Scenen zwischen dem Knappen Beit

und dem Kellermeister Hans. Referent konnte erst der zweiten Vorstellung beiwohnen, welche gestern stattfand. Die Titelrolle fand durch Fr. Monhaupt eine recht ansprechende Darstellung. Der musikalischen Wiedergabe der Partie, bei welcher schon die angenehme, geschmeidige Stimme der Sängerin gewinnend wirkte, ist Correctheit der Charakteristik ebenso im Ausdruck des Raiben wie inniger Empfindung, überzeugendes Leben nachzuräumen. In letzterer Beziehung kam namentlich der Schluß des dritten Actes schön zur Geltung. Trefflich stand hier der Darstellerin Fr. Schelper als Rühlebörn zur Seite, der dem Wasserfürsten überhaupt eine in jedem Zug bedeutsame Charakteristik lieh. Nur in der Scene mit Beit im ersten Acte hätte der auf Beit's Aeußerung hin, daß Undine von seinem Herrn wol betrogen werden würde, ihm entfallende Ausruf der Entrüstung noch mehr dämonisch wetterleuchtend gemahnen können. Fr. Schreiber brachte die Rolle der Bertalda als Sängerin wie als Darstellerin in gleich hervorragender Weise zur Geltung. Den Ritter Dugo gab Fr. Pielle angemessen und hätte nur hier und da noch etwas kräftigere Striche anbringen können. Sehr animirt waren der Beit des Hrn. Rißner und der Hans des Hrn. Wiegand. Auch die kleinern Rollen des Fischerhepaares und des Pater Heilmann fanden in Hrn. Ulrich, Fr. Böwy und Hrn. Refz treffliche Vertreter. Der Chor befriedigte, die Ausstattung war glänzend, der Verlauf der Vorstellung unter Kapellmeister Mühlendorfer's Leitung ein in allen Theilen wohlgeglückter.

ein lebhafter Meinungsaustrausch statt über das Verlangen Griechenlands, daß die Verhandlungen in Konstantinopel nur auf Grund des 13. Protokolls des Berliner Congresses geführt werden. — Der Generalgouverneur von Kreta, Phoriades-Bei, hat seine Entlassung genommen."

* Wien, 24. Mai. Wie verlautet, hat das britische Cabinet Griechenland entschieden zur Ruhe gemahnt, eventuell sogar, falls Griechenland in eigenmächtiger Weise eine Friedensstörung planen sollte, die Abberufung des britischen Gesandten in Aussicht gestellt. Die Pforte hat erhebliche Truppenmassen gegen die griechische Grenze dirigiert, darunter zahlreiche Albanesen.

* Washington, 24. Mai. Die Repräsentantenkammer hat mit 114 gegen 97 Stimmen eine Bill angenommen, durch welche die Prägung von Silbermünzen angeordnet wird, und zwar soll das Gewicht der Silberdollars 212 1/2 Gramm betragen. Diese Silbermünzen sollen gesetzliches Zahlungsmittel sein. Monatlich sollen 2 Mill. Doll. geprägt werden.

Leipzig, 26. Mai.

Die jüngste parlamentarische Woche ist gekennzeichnet durch ein Ereigniß, das in seinen Folgen für den Stand der Parteien, insbesondere aber für die zukünftige Stellung und Wirksamkeit unserer, der national-liberalen Partei, sich noch ebenso wenig übersehen läßt, als es ganz klar ist nach Seite seiner veranlassenden Ursachen.

Warum Dr. v. Jordan bed gerade in diesem Moment das Präsidium des Reichstages niederlegte und ob er recht daran gethan oder nicht — darüber wird viel hin- und hergestritten, theilweise sogar innerhalb der Partei. Uns selbst liegen sehr abweichende Meinungsäußerungen darüber von verschiedenen Seiten her vor; wir lassen indeß diesen Streit zur Zeit auf sich beruhen und beschäftigen uns nur mit den nächsten Folgen jenes Ereignisses.

Und da ist allerdings ein Punkt, der uns zwingt, auf die Umstände zurückzugreifen, unter denen der Rücktritt Jordan's stattfand. Wir fragen: ist dieser unter den obwaltenden Verhältnissen so hochbedeutungsvoll, ja verhängnisvolle Schritt, ehe er beschloffen und gethan ward, im Schoße der Fraction vorberathen worden — vorberathen namentlich auch mit Bezug auf seine vorauszu sehenden nächsten Folgen und auf die Stellungnahme der Fraction zu diesen Folgen? Nach allem, was bisher vorliegt, scheint es nicht so zu sein, scheint vielmehr jener Schritt, der in so entscheidender Weise die national-liberale Fraction in die Stellung einer „Oppositionspartei“ versetzte, selbst für einen Theil der Fraction und der Fraction'spresse (sogar für ein so autoritatives Blatt wie die National-Zeitung) ein überraschender gewesen zu sein.

Damit hängt es dann wol auch zusammen, daß die Partei, selbst überrascht durch das Geschehene, welches nicht ungeschehen zu machen war, die ihr damit zugewiesene Rolle einer machtlosen Minorität oder Opposition in einer Weise acceptirt hat, die uns allerdings nicht unbedenklich scheint. Wir bescheiden uns, die Coullisengeheimnisse bei den Neuwahlen fürs Präsidium nicht alle genau zu kennen; allein die Frage drängt sich uns denn doch auf inmitten der schweren Besorgnisse, die wir über den weitem Verlauf der Dinge sowol als Parteigenossen wie als Patrioten empfinden: War es denn nicht möglich, wenigstens die Erhebung eines Clerikalen auf den Präsidentensitz zu verhindern? Und ist wol die nahezu pessimistische Genugthuung, welche manche Organe unserer Partei über diese neueste „Klärung der Situation“, wie sie es nennen, kundgeben, die rechte Art, diese Wendung zu behandeln, ist es die wahrhaft heilsame für die Zukunft unserer Partei und für die Zukunft unsers Vaterlandes?

Wegen der griechisch-türkischen Frage sollen nun doch noch — so meldet die République française — gemeinsame Verhandlungen der großmächtlichen Völkerverbände, also eine Art von Nachcongress, stattfinden, und zwar im Monat Juni in Konstantinopel.

In der Schweiz ward durch eine Volksabstimmung die Aufhebung desjenigen Artikels der Bundesverfassung beschlossen, welche den einzelnen Cantonen verbot, die Todesstrafe zu vollziehen. Die Todesstrafe kann also nun durch die Cantongesetzgebung wieder eingeführt werden und wird es voraussichtlich in den Cantonen, deren Bevölkerung sich bei jener Abstimmung überwiegend für dieselbe erklärten. Für politische Verbrecen allein bleibt dieselbe nach wie vor vom ganzen Schweizergebiet ausgeschlossen.

Die italienische Deputirtenkammer hat ein wichtiges Gesetz votirt. Schon lange bestand in Italien die Civilehe, allein es war nicht ausdrücklich vorgeschrieben, daß die Schließung der Ehe vor dem Standesbeamten der kirchlichen Trauung voraus gehen müsse, wie das in dem belgischen Civilehesetze und ebenso in unserm Reichsgesetz über denselben Gegenstand der Fall ist. Die Folge war, daß viele kirchlich getraute Ehepaare

(zum Theil wol auf Betrieb der Geistlichkeit) die nachträgliche Civileheschließung unterließen. Dies hatte nun aber, da der italienische Staat nur die vor seinen Civilbeamten vollzogene Eheschließung als bürgerlich rechtmäßig betrachtet, die rechtliche Wirkung, daß Kinder aus solchen bloß kirchlich geschlossenen Ehen vom Staate nicht als legitim, also in Erbfällen nicht als erbberchtig betrachtet wurden. Das neue Gesetz beugt solchen Unzuträglichkeiten für die Zukunft vor.

Die sehr offenen und entschiedenen Erklärungen des französischen Ministers des Innern, anlässlich der Interpellation des radicalen Abg. Podroy in Bezug auf die Haltung der Regierung gegenüber dem Clerus und auf die Durchführung der freisinnigen Unterrichts-gesetzentwürfe des Unterrichtsministers Ferry, haben einen guten Eindruck in der Nationalversammlung wie in der öffentlichen Meinung Frankreichs hervorgebracht und die Stellung des Cabinets unzweifelhaft befestigt. Die für dasselbe anfänglich gefahrdrohend erscheinende Frage Blanqui hat viel von ihrer Schärfe verloren; man nimmt für gewiß an, daß eine Mehrheit in der Kammer darin der Regierung zur Seite stehen werde.

Die neulich gerüchtweise gemeldeten Veränderungen innerhalb des Cabinets (Rücktritt Waddington's vom Präsidium u.) haben sich bis jetzt nicht bestätigt.

Auffallend war in jüngster Zeit der gereizte Ton gewisser tonangebender französischer Journale — Journal des Débats und République française — gegen England. Anlaß dazu gab die, wie man zu glauben scheint, gegen Frankreich nicht ganz ehrliche Politik der englischen Regierung in der ägyptischen Sache. Um so angenehmer hat in Paris offenbar das energische Vorgehen der deutschen Regierung gegen die Willkürlichkeiten des Khedive berührt, indem man darin eine wenn auch nur indirecte Stärkung der französischen Position in Aegypten erblickt.

Durch die Genehmigung des organischen Statuts für Ostrumelien seitens der Pforte, durch den beschleunigten Abzug der russischen Truppen von dort, endlich durch die vom Zaren Alexander II. an die Bulgaren Ostrumeliens gerichtete Mahnung zum Stillstehen, andererseits durch die allgemeine Anerkennung des neuen Fürsten von Bulgarien von seiten der Großmächte und durch die Haltung des jungen Fürsten selbst scheint wenigstens für die nächste Zeit ein ruhige und friedliche Entwidlung der Dinge in jenen Ländern angebahnt. Daß damit die Frage einer Vereinigung aller Bulgaren unter Einem Scepter nur vertagt ist, bleibt freilich nach wie vor unsere Ueberzeugung. Aber auch diese Frage wird hoffentlich seinerzeit eine friedliche Lösung finden.

Ein bedeutungsvolles Zeichen der veränderten Situation ist die Sendung eines Specialgesandten des Sultans, in der Person Kamyl-Pascha's, nach Livadia an den Kaiser Alexander. Derselbe entledigte sich seines Auftrages, speiste beim Kaiser und reiste dann zurück.

Die Zoll- und Steuergesetze im Deutschen Reichstage.

○ Berlin, 24. Mai. Präsident v. Seydewitz eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 25 Min. mit geschäftlichen Mittheilungen. Das Haus nimmt zunächst die Wahl des ersten Vicepräsidenten an Stelle des Frhrn. v. Stauffenberg vor.

Es werden 301 Stimmzettel abgegeben, darunter 103 unbeschriebene, es bleiben also 198 gültige Stimmen, sodas die absolute Majorität 100 beträgt. Es haben erhalten: Abg. Frhr. zu Franckenstein 162, Abg. Dr. Böll 25, Abg. Dr. Lucius 3, Abg. v. Venba 3, Abg. Dr. Befeler 2, Abg. v. Bernuth 1, Abg. v. Karvort 1, Abg. Graf v. Bethusy-Duc 1 Stimme.

Abg. Frhr. zu Franckenstein ist also zum ersten Vicepräsidenten gewählt und nimmt die Wahl mit folgenden Worten an:

Ich danke Ihnen, meine Herren, für das Vertrauen, welches Sie mir soeben durch die Wahl zum ersten Vicepräsidenten des Reichstages bewiesen haben. Ich erkläre mich zur Annahme der Wahl bereit und verspreche Ihnen, wenn ich berufen werden sollte, die Leitung der Beratungen zu übernehmen, dies mit der Unparteilichkeit zu thun, die Sie von mir erwarten werden und verlangen können. (Bravo!)

Es folgt die Verathung der Denkschrift über die Ausführung der Anleihegesetze vom 27. Jan. 1875, 3. Jan. 1876, 3. Jan., 10., 21. und 23. Mai 1877, ferner vom 29. April, 8. Mai und 12. Juni 1878.

Das Haus erklärt ohne Discussion durch einfache Kenntnißnahme den Gegenstand für erledigt.

Demnächst werden die Zusammenstellung der von den beteiligten Regierungen und Verwaltungen fernerweit aufgestellten Liquidationen über die auf Grund des Gesetzes vom 8. Juli 1872 aus der französischen Kriegskostenentschädigung zu erscheidenden Beträge, sowie der Bericht der Reichs-Schuldencommission über 1) die Verwaltung des Schuldenwesens des Norddeutschen Bundes, beziehentlich des Deutschen Reiches; 2) ihre Thätigkeit in Ansehung der ihr übertragenen Aufsicht über die Verwaltung des Reichsinvalidenfonds, des

Festungsbaufonds und des Fonds zur Errichtung des Reichstagsgebäudes; 3) den Reichs-Kriegsschatz und 4) die An- und Ausfertigung, Einziehung und Vernichtung der von der Reichsbank auszugebenden Banknoten auf den Antrag des Abg. Ridert-Danzig der Rechnungscommission zur Berichterstattung überlesen.

Es folgt die erste Verathung des Entwurfs eines Gesetzes betreffend die Feststellung eines zweiten Nachtrages zum Reichshaushaltsetat für das Jahr 1879/80, welcher den Etat der Reichsdruckerei enthält, der sich in den Einnahmen auf 3,212,500 M., in den Ausgaben auf 2,107,060 M. stellt, mithin einen Ueberschuß von 1,105,440 M. aufweist.

Abg. Dr. Zimmermann: Er habe gegen den Entwurf verschiedene Bedenken und besäufte namentlich, daß der Betrieb der Reichsdruckerei, wie er in der der Vorlage beigegebenen Denkschrift in Aussicht genommen ist, die Privatindustrie schwer schädigen werde. Besonders sei es zu tadeln, wenn die Reichsdruckerei den Kunstdruck gewissermaßen monopolisiren wolle. Die auf der Berliner Gewerbeausstellung ausgestellten Erzeugnisse des deutschen Kunstdruckes bezeugen, daß es einer solchen Bevorzugung nicht bedarf. Er bitte, die Vorlage der Budgetcommission zu überweisen.

Bundesbevollmächtigter Generalpostmeister Dr. Stephan begründet die Vorlage mit dem nachgerade unabweisbar gewordenen Bedürfnisse und weist die Besorgnisse des Vorredners als unbegründet zurück:

Es sei keineswegs die Absicht der Reichsregierung, der Reichsdruckerei eine solche Ausdehnung zu geben, daß sie einen blühenden Zweig der deutschen Kunstindustrie überwuchere. Es gebe aber verschiedene Theile der Kunstindustrie, welche von der Reichsdruckerei hergestellt werden können, dank ihrer sehr kostspieligen Anschaffungen, die indessen den Privatdruckereien nicht in demselben Maße zu Gebote kämen. Wenn der Generalpostmeister als Chef der Reichsdruckerei in Aussicht genommen sei, so geschehe es deshalb, weil die Reichspostverwaltung an dem Betriebe der Reichsdruckerei am meisten interessiert sei und derselben die meisten Aufträge erteilen werde.

Abg. Dr. Hammacher und Abg. Frhr. v. Minnigerode bitten, die Vorlage an die Budgetcommission zu verweisen. Der Antrag auf Verweisung an die Budgetcommission wird angenommen.

Hierauf wird die zweite Verathung des Zolltarifs fortgesetzt, und zwar wird zunächst die Debatte eröffnet über folgende Anträge:

Abg. Ridert-Danzig beantragt, hinter Nr. 9 folgende Anmerkung aufzunehmen:

Anmerkung zu a, b und c. Für die jollamtliche Behandlung des beim Eingang in das Zollgebiet zur Durchfuhr declarirten Getreides, insbesondere bezüglich der für dasselbe zu bewilligenden Transitlager ohne amtlichen Mitverschluß, werden durch den Bundesrath diejenigen Erleichterungen gewährt, welche zur Sicherung und Aufrechterhaltung des Durchfuhrhandels erforderlich sind. Für das zur Durchfuhr declarirte Getreide wird ein Eingangszoll nur insoweit entrichtet, als dasselbe zum Verbrauch im Inlande gelangt und nicht durch eine gleiche Menge zur Ausfuhr gebrachten inländischen Getreides ersetzt wird.

Ferner beantragt Dr. Delbrück folgende Anmerkung: Für Getreide und Hülsenfrüchte werden Transitlager ohne amtlichen Mitverschluß bewilligt. Auf diese Lager finden die für Privattransitlager geltenden Vorschriften mit der Maßgabe Anwendung, daß die Lagerung, soweit es zur Erhaltung und Bearbeitung der Waaren erforderlich ist, außerhalb geschlossener Räume stattfinden kann, daß die Behandlung, Umpackung und Theilung der gelagerten Waaren uneingeschränkt und ohne Anmeldung zulässig, und daß die Mischung der letztern mit inländischer Waare gestattet ist.

Abg. Kuppert will in diesem letztern Antrage hinter „Hülsenfrüchte“ noch einschalten: Mais, Raps, Rübsaat.

Abg. v. Schalscha beantragt, im Falle der Annahme des ersten Alinea des Antrages Ridert-Danzig das zweite Alinea zu fassen:

Für das zur Durchfuhr declarirte Getreide wird der Eingangszoll bei der Ausfuhr rückvergütigt. Der Nachweis der Identität der Waare ist nicht erforderlich, und als drittes Alinea anzufügen:

Diese Bestimmung findet Anwendung auch auf Hülsenfrüchte, Raps und andere Früchte der Landwirtschaft, sowie auf Mais.

Endlich liegt noch ein Antrag der Abg. v. Flottwell, Graf Udo zu Stolberg und Stelter zu Pos. 9 und 13: Holz, vor:

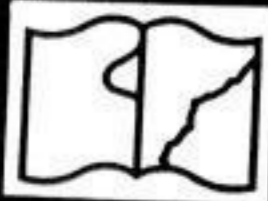
Den Herrn Reichsminister zu ersuchen, bei der Durchfuhr von Getreide, Holz und Holz sehr wünschliche Erleichterung in den Controlvorschriften auch hinsichtlich des Veredlungsverkehrs eintreten zu lassen.

Die Abg. Udo Graf zu Stolberg und v. Flottwell beantragen:

Der Reichstag wolle beschließen: 1) in Erwägung, daß durch das Zollgesetz vom 1. Juli 1869 und die vom Bundesrathe erlassenen Regulative die Aushalterhaltung des Transitverkehrs gesichert und die des Veredlungsverkehrs ermöglicht, und eine Revision dieses Gesetzes zur Zeit nicht thunlich ist, aber die oben genannten vier Anträge zur Tagesordnung überzugehen; 2) den Herrn Reichsminister zu ersuchen, dem Reichstage in seiner nächsten Session ein Gesetz über die Revision des Zollgesetzes vom 1. Juli 1869 im Sinne der gesetzlichen Sicherung des Transit- und Veredlungsverkehrs vorzulegen.

Abg. Ridert-Danzig: Ich las in der gestrigen Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, daß die Freie volkswirtschaftliche Vereinigung, das sind also die bekannten Zwangsvereinigungen, beschlossen habe, über den Antrag des Abg. Dr. Delbrück und den meinigen zur Tagesordnung überzugehen. Das würde so viel bedeuten, als daß wir ungehört zurückgewiesen werden. Ich hoffe, daß diese Nachricht ungedruckt war, daß man wenigstens

berit sein welche hoch Öffnung w... Transilverke... Ich beto... eine Entsch... rein, ganz... wie die des... schieden, wa... linken Seite... wirtschaftl... viel Herz... nehme mi... Landwirtsch... Sinne hatte... geführt wir... jollen, aber... Es hat nun... Durchard B... Prinzip der... unrichtig... Ebenso... Bismarck u... das russisch... route durch... Reichskanzl... hältnisse si... wesen sein... das, was... das Aucteie... aus nicht u... ein Eisenba... um zwei D... Kaufleute v... harten Kam... die Concur... zu kämpfen... mände verp... hältnissen... des Hafens... haben, hat... niemals zu... während Li... bahnbauens... Redner... dort ein- u... viel kosten... bringen, un... Danzig im... die deutsch... wenn der K... ja andersw... mehr genug... Kapitals u... Tausende v... schäftigung... lohn zahlr... ausgegeben... sollen doch... begreiflich... Erziehung... im höchsten... unser Hand... erleidet, da... geknabet, s... großartige... Fürst... unsern Kau... werden. Es... entscheiden... zu bezeichn... schießt. Es... unsere Kauf... Mischung a... reicht, liegt... einer völli... eben gerade... Schottland... Kaufleute... gegen jeder... vielfach ru... ihr eigenes... Landwirtsch... wirklich un... bitte ich S... und Delbrü... erlebigen, s... Reichs... Ich bin... des Hauses... wenn eine... hängen, in... definitive G... im Plenum... gelangen, d... sehe von m... cipientenfr... Plenum w... bis zur wei... dest sich ni... das Zollge... Transit die... rechtigung... die Herren... allgemeinen... Haben Sie... rungen, di... unbilliger... einer Richt... ste auch in... wälten lass... haben also... und vernün... der der Re... Namen zu... schweigen... trauen habe... Bernunft v... ich glaube



bereit sein wird, uns zu hören und zu vernehmen, um welche hochwichtigen Interessen es sich handelt. In dieser Hinsicht werde ich bekräftigt durch die Rede des Herrn Reichskanzlers, welcher sagte, er wolle sich über die Frage des Transitverkehrs noch nicht definitiv äußern.

Ich betone nun zunächst, daß es sich durchaus nicht um eine Entschädigung des Handels und der Seefahrt handelt; nein, ganz ebenso sind die Interessen der Landwirtschaft wie die des Handels im Spiele und ich bestreite ganz entschieden, was wiederholt hier behauptet wurde, daß auf der linken Seite des Hauses weniger Interesse für die Landwirtschaft vorhanden sei als auf der rechten, ich habe ebenso viel Herz für Landwirtschaft wie Dr. v. Mirbach, und ich nehme mit Sicherheit an, daß, als er von Feinden der Landwirtschaft sprach, er niemand in diesem Hause im Sinne hatte. Wir wollen jeden Centner, der bei uns eingeführt wird, um im Inlande verbraucht zu werden, verschaffen, aber die Durchfuhr wünschen wir frei zu haben. Es hat nun bei einer früheren Gelegenheit Hr. Geheimrath Burchard behauptet, daß man in Preußen niemals von dem Princip der Identität abgewichen ist. Dies ist thatsächlich unrichtig.

Ebenso unrichtig sind die Behauptungen, welche Fürst Bismarck und Abg. Dr. Frege gemacht haben, nämlich, daß das russische Getreide gewissermaßen eine gebundene Marchroute durch Preußen habe. Entschieden schweben dem Herrn Reichskanzler frühere Zustände vor und die heutigen Verhältnisse sind ihm unbekannt. Früher mag es ja so gewesen sein, heute ist das aber ganz anders, ebenso wie auch das, was Fürst Bismarck über den Wassertransport und das Auskommen des russischen Getreides gesagt hat, durchaus nicht mehr zutrifft. Seit zehn Jahren, seit Rußland ein Eisenbahnen hat, ist der Getreidetransport zu Wasser um zwei Drittel des früheren Betrages zurückgegangen. Die Kaufleute von Königsberg, Danzig und Stettin haben einen harten Kampf um die Existenz, sie haben sehr schwer gegen die Concurrenz der russischen Handelsplätze Riga und Libau zu kämpfen. Der Herr Reichskanzler hat Libau mit Stolz- münde verglichen, ein Vergleich, der bei den factischen Verhältnissen unmöglich ist. Trotzdem wir für den Ausbau des Hafens von Stolz- münde sehr viel Geld ausgegeben haben, hat sich dieser Ort nicht entwickelt und wird sich auch niemals zu einem bedeutenden Seehandelsplatz entwickeln, während Libau seit der Entwicklung des russischen Eisenbahnbaues ein gewaltiger Handelsplatz geworden ist.

Redner verliest eine Tabelle über die seit zehn Jahren dort ein- und ausgegangenen Schiffe. Rußland läßt es sich viel kosten, um Riga und Libau zur höchsten Blüte zu bringen, und während so die Stellung von Königsberg und Danzig immer schwieriger wird, droht diesen Städten durch die deutschen Zollmaßregeln der völlige Untergang. Und wenn der Herr Reichskanzler meint, die Kapitalisten könnten ja anderwärts hin wandern, wenn ihnen dort der Handel nicht mehr genug bietet, so möchte ich doch bemerken, daß wir des Kapitals wegen nicht besorgt sind, wohl aber wegen der Laufende von Arbeitern, welche beim Getreidehandel Beschäftigung finden. Mehr als 12 Mill. M. wird an Arbeit- löhn jährlich beim Getreidehandel allein in Königsberg ausgegeben, und diese Tausende von Arbeitern können und sollen doch nicht etwa auswandern? Es wird Ihnen wol begreiflich sein, daß wir, unsere ganze Provinz, wo die Existenz so vieler Tausende in Frage kommt, indignirt und im höchsten Grade erregt sind. Es steht fest, daß also unser Handel durch den Getreidezoll den höchsten Schaden erleidet, daß durch diesen Kampfzoll aber Rußland gar nicht geschadet, sondern nur bewirkt wird, daß Riga und Libau großartige Emporien werden.

Fürst Bismarck sprach von den Mischungen, die von unsern Kaufleuten mit russischem Getreide vorgenommen werden. Im Namen aller ehrenwerthen Kaufleute muß ich entschieden dagegen Verwahrung einlegen, das als Fälschung zu bezeichnen, was vor den Augen der ganzen Welt geschieht. Es ist eine ehrenwerthe, legitime Operation, welche unsere Kaufleute vornehmen, und daß z. B. die däniziger Mischung an der Londoner Börse einen so hohen Preis erreicht, liegt daran, daß unsere Kaufleute dieses Mischen zu einer völligen Wissenschaft entwickelt haben. Sie verstehen eben gerade so zu mischen, wie es die Bäcker in England, Schottland und Irland wünschen. Doch nicht nur unsere Kaufleute, auch unsere Landwirthe sprechen sich energisch gegen jeden Getreidezoll aus. Unsere Landwirthe kaufen vielfach russisches Getreide und füttern damit, während sie ihr eigenes Getreide verkaufen. Dieser Zoll schadet der Landwirtschaft ganz so wie dem Handel. Es handelt sich wirklich um ein vitales Interesse für ganze Provinzen, und bitte ich Sie daher dringend, die beiden Anträge Ridert und Delbrück nicht durch eine motivirte Tagesordnung zu erledigen, sondern der Tarificommission zu überweisen.

Reichskanzler Fürst v. Bismarck:
Ich bin weit entfernt, in die geschäftsleitenden Beschlüsse des Hauses mich einzumischen, aber ich besorge doch, daß, wenn eine Frage wie diese, an welche viele andere sich anhängen, in die Commission verwiesen wird, daß dann die definitive Entscheidung über diejenigen Fragen, die wir hier im Plenum verhandelt haben, um schneller aus Ziel zu gelangen, dann auch sehr in die Länge gezogen wird. Ich sehe von meinem Standpunkte nicht ein, warum die Principienfragen, die uns hier beschäftigen, nicht ebenso gut im Plenum wie in der Tarificommission weiter beraten und bis zur dritten Lesung entschieden werden können. Es handelt sich nicht um eine Störung des Transitverkehrs, solange das Zollgesetz vom 1. Juli 1869 wirksam ist und dem Transit die Freiheit gibt. Der Bundesrath hat die Berechtigung, diejenigen Erleichterungen zu gewähren, welche die Herren Antragsteller durch das Gesetz zu einer ganz allgemeinen Verpfändung ausgebildet zu sehen wünschen. Haben Sie nun zu den Vertretern der verbündeten Regierungen, die ihrerseits bisher keinen einzigen Beweis von unbilliger Behandlung der materiellen Interessen nach irgend- einer Richtung hin gegeben haben, nicht das Vertrauen, daß sie auch in dieser Frage Gerechtigkeit und Vernunft werden walten lassen? (Abg. Richter-Hagen ruft: Nein!) Sie haben also nicht das Vertrauen, daß die Regierungen gerecht und vernünftig sich verhalten werden? Ich bitte den Herrn, der der Regierung dieses Dementi ins Gesicht wirft, seinen Namen zu nennen! (Pause.) Der Herr zieht es vor, zu schweigen. Ich glaube also, die Mehrheit wird das Vertrauen haben, daß die Regierungen nach Gerechtigkeit und Vernunft von ihren Befugnissen Gebrauch machen werden; ich glaube aber nicht, daß sie in der Lage sind, einen ge-

setzlichen Zwang acceptiren zu können, der unter allen Umständen, auch da, wo die Vermuthung der Zollhinterziehung vorliegt, auch da, wo es sich um solche Geschäftstreibende handelt, die nicht mehr im Besitz der Ehrenrechte sich befinden, die wegen Schmuggel etc. bestraft sind, zwangsweise die Vergünstigung gewährt, welche ihnen bisher ex bono et aequo bewilligt worden ist. Wenn Sie das wollen, dann schreiten Sie zu einer Aenderung der Gesetzgebung von 1869. Ob eine Revision dieses Gesetzes erwünscht ist, lasse ich dahingestellt; wenn sie aber eintritt, dann würde ich in erster Linie den Antrag stellen, daß die ganz allgemeine Zuficherung der Transitfreiheit aufgehoben und nur da, wo sie nützlich ist, streckenweise durch Verordnung bewilligt würde. Das würde meine Mitwirkung bei der Revision dieses Gesetzes sein. Aber gelegentlich einer Inter- cation in den Tarif jenes Gesetz zu ändern — ich weiß nicht, ob die Regierungen dazu die Hand bieten werden. Ich für meine Person werde alles aufbieten, um zu verhindern, daß sie es thun. Wollen Sie also die Revision, so brauchen Sie nur den Wunsch danach zu äußern, die Regierungen werden bereitwillig eine Commission nieder- setzen und die Frage prüfen lassen.

Behufs der Revision werden wir dann noch zwei Ver- träge kündigen müssen, einen mit Holland aus dem Jahre 1851 und einen mit England aus dem Jahre 1865, in welchen über die Transitfreiheit vertragmäßige Bestim- mungen ausgenommen sind. Also ich wehre mich nur da- gegen, daß bei Gelegenheit dieser Position ein ganz außer- halb der Vorlage stehendes wichtiges und einschneidendes Gesetz einer Revision unterzogen werden soll, und daß durch diesen Antrag beiläufig zwischen zwei Tarifpositionen dem Bundesrath das Recht genommen werden soll, das er bis- jetzt befehlen hat. Ich gebe ja zu, daß die Verhältnisse des Transits in den Theilen des Reiches, in denen er nur einen kurzen Weg zu machen hat, auf welchem er nicht in Con- currenz mit den Producten der deutschen Landesfrüchte tritt, durch die er zu fahren hat, etwas anders beschaffen sind als dort, wo er das ganze Reich durchfährt und die Be- wohner der Landstriche, durch die er fährt, von dem Ver- laufe ihrer Producte abhält, wie es im ganzen Süden Deutschlands und im Elbgebiete der Fall ist. Daß wir durch Getreidezölle die Zufuhr von Getreide von den Ost- provinzen ableiten, ist mit der Angabe der zunehmenden Schiffszahl von Libau unterführt worden. Das ist ja ganz natürlich, daß auch dort der Verkehr sich gesteigert hat, daß auch dort eine stärkere Ausfuhr stattfindet, seitdem das russische Eisenbahnen vollendet ist, und viele Viehweiden und Steppen, die früher unfruchtbar waren, durch die Nähe der Bahnen und der Bahnhöfe zu einträglichen Äckern ge- worden sind, seitdem die Getreideproduction sich in den westlichen Theilen so gemehrt hat, daß eine Wohlhabenheit dort besteht, wie man sie seit Jahrzehnten gar nicht gekannt hat. Es ist wunderbar, daß sich die Ausfuhr in Libau nicht noch viel stärker vermehrt hat. Gäbe es keine Gründe, die die Leute nach Preußen zögen, dann müßte ja Libau längst viel mehr aufgeblüht sein. Von Grobno oder Wilna haben ja die Leute viel näher nach Libau als nach Preußen hinein, und das ganze weite Gebiet, das vielleicht drei Viertel, wenn nicht neun Zehntel des Exports liefert, hat es viel näher nach Riga als nach Preußen.

Es ist also etwas anderes, was den Export hierher zieht, und das ist die Existenz großer Handelsplätze mit Kapital und Arbeitskräften. Große Handelsplätze lassen sich ja nicht improvisiren, und wenn der Zoll für Roggen auf dem niedrigeren Zollsaße von 25 Pf. bestehen bleibt, so hat das die Wirkung, daß eine Fracht von 1 Pf. pro Centner auf- geschlagen wird, so niedrig, wie sie selten existirt. Was will das gegen hier, wo wir es mit Entfernungen von 2—300 Meilen zu thun haben? Da ist ein Unterschied von 25 Pf. pro Centner noch kein Grund, die Ausfuhr zu verlegen, und die Händler werden in Preußen das verzollte Korn gerade so mischen und mahlen wie das unverzollte und auch zu demselben Preise, weil der Abnehmer es nicht anders los werden kann. Noch will ich bezüglich der Rück- vergütung die finanzielle Seite berühren.

Ich habe diese ganze Vorlage betrieben und persönlich eingeleitet im Sinne einer ausgedehnten finanziellen Re- forme, um den verbündeten Regierungen und dem Reiche selbst die Mittel zu geben, die jetzt fehlen, um neue Finanz- quellen zu eröffnen und die drückenden directen Steuern durch weniger drückende indirecte zu ersetzen. Wo sollen aber die Mittel herkommen, wenn nicht nur einige der Hauptsteuervorlagen, die das Geld bringen sollen, um die Klassensteuer nach meinem Sinne zu ermäßigen und die Grundsteuereinzuschläge für die Landwirtschaft zu vermindern, wenn, sage ich, die wichtigsten Finanzartitel, wie Bier und Tabak, ein so wenig eifriges Entgegenkommen finden, so daß wir fürchten müssen, daß wir mit dem in dieser Session Erreichten dem Finanzminister keine weiteren Quellen er- öffnen werden. (Zuruf des Abg. Richter-Hagen.) Darf ich den Herrn bitten, fortzufahren? (Heiterkeit.) Die Finanz- minister werden vielleicht in einer spätern Zeit mich in meinen Bemühungen entschlossener und erkennbarer unter- stützen als bisher, denn um ihre Sache handelt es sich. Wo sollen die Mittel herkommen, unsere Steuern zu er- leichtern, wenn wir nicht nur kein Entgegenkommen finden, sondern wenn auch bei den Artikeln, die noch einigen Hoff- nung bieten, die finanzielle Wirkung dadurch beschränkt wird, daß ein sehr wesentlicher Theil der Einfuhr in die Lage verkehrt wird, den Zoll zurückvergütigt zu bekommen? Auf diese Weise wird die Belastung unsers Konbears nicht zwischen dem Aus- und Inlande repartirt, sondern die Duote des Auslandes wird dadurch möglichst beschnitten und verkleinert; wir erhalten also um so weniger Mittel, die Erleichterungen, die wir planen, durchzuführen. Wenn nachher die Vorschläge der Regierung, die übrigens im Lande eine glänzigere Aufnahme gefunden haben als in diesem hohen Hause, nicht verwirklicht werden können, so werden die Regierungen sich sagen können, daß sie das Ihrige gethan haben. Ohne Ihre Unterstützung, meine Herren, können wir nicht zum Ziele gelangen!

Abg. v. Kardorff:
Ich bin damit einverstanden, daß dem Transitverkehr alle diejenigen Erleichterungen gewährt werden, welche der Bundesrath nach dem Zollvereinsgesetz von 1869 gewähren kann. Wir würden auch nicht, wenn sich die Nothwendig- keit dafür herausstellen sollte, einer Revision dieses Gesetzes widerstreben. Nicht die liberale Partei hat, wie gestern der Abg. Braun triumphirend verkündigte, im preussischen Abgeordnetenhaus die Anträge auf eine gerechte Vertei-

lung der Steuerlasten im Interesse der Landwirtschaft ge- stellt, sondern mein Parteigenosse v. Wülfing. Auch haben die Liberalen nicht, wie derselbe Redner behauptete, die Bauern freigemacht, das haben meines Wissens die preussischen Könige gethan; zweifelhaft ist mir, ob die dän- ziger Mischung der Behauptung des Abg. Ridert gemäß im Interesse der deutschen Landwirtschaft liegt. Der Ge- treidehandel der Ostseehäfen wird auch mit den Getreide- zöllen fortbestehen, namentlich, wenn ihm die nöthigen Er- leichterungen gewährt werden. Die Eisenbahnen werden sich finanziell viel besser stellen, wenn sie statt auf die sie ruinirenden niedrigen Frachtsätze für die Durchfuhr an- gewiesen zu sein, dem Localverkehr ihre Aufmerksamkeit zu- wenden.

Abg. Dr. Delbrück:
Der Antrag Ridert will im wesentlichen das Zollver- fahren wiederherstellen, wie es in den vierziger Jahren be- stand; ich gehe mit meinem Antrage nur bis in die sechziger Jahre zurück. Das ist der Hauptunterschied zwischen unsern Anträgen. Wenn ich Sie nun bitte, meinen Antrag an- zunehmen und damit dem Durchgangsverkehr gewisse Ver- günstigungen zuzugestehen, so schließe ich von dieser De- batte den Veredlungsverkehr von vornherein aus und habe zu Gunsten des Durchgangsverkehrs meinen Antrag ein- gebracht, weil die Erleichterungen, die ich will, meines Er- achtens vom Bundesrath nicht gewährt werden können nach Lage des Gesetzes, ohne daß eine solche Competenz ausdrücklich im Zolltarif fixirt ist. Nun ist vielfach gegen meinen Antrag der Einwand laut geworden, er gehöre nicht in den Zolltarif. Ich erkenne den Einwand als ganz berechtigt an und habe das von Anfang an schon gewußt. Ich habe auch die Absicht, wenn jetzt in zweiter Lesung mein Antrag in den Tarif aufgenommen wird, dann in dritter Lesung zu beantragen, meinen Antrag aus dem Tarif herauszunehmen und in das Gesetz einzufügen. Ich glaube, diese Methode würde die Debatten abkürzen. Ist mein Antrag seinem Wesen nach von den Getreidezöllen unabtrennbar, so würden, hätte ich ihn erst zum Zolltarif- gesetz eingebracht, dann die Getreidezölledebatten sich nur wiederholt haben. (Sehr wahr!) Für die Resolution Graf Stolberg sub 2 kann ich nicht stimmen, weil sie einerseits die definitive Entscheidung hinausschieben würde und an- dererseits zur Zeit, vom Durchgangsverkehr abgesehen, gar kein Grund vorliegt, an der Zollgesetzgebung von 1869 un- auffassende Veränderungen vorzunehmen.

Bundescommissar kaiserlicher Geheimrath Burchard:
Dem Abg. Ridert muß ich zunächst bemerken, daß ich alle meine früheren Behauptungen über die Geschichte des Identitätsprincips in Preußen festhalten muß. Es haben nie nennenswerthe Abweichungen stattgefunden. Meine Herren! Ich bitte Sie, den Antrag Delbrück abzulehnen, denn derselbe ist überflüssig. Alles, was der Antrag Del- brück erst möglich machen will, ist heute bereits durch bundesrathliche Verordnung möglich, denn was dem ent- gegensteht, sind nicht Gesetze, sondern nur Verordnungen, und diese früheren Ausführungsbestimmungen kann der Bundesrath jederzeit wieder abändern. Mehr noch bitte ich, die Anträge Ridert und Schalscha abzulehnen und im Gegensatz dazu an dem Princip der Identität festzuhalten. Würde man in diesem einen Fall, beim Getreide, von dem wichtigen Princip der Identität abgehen, so wäre ein grund- legendes Moment des ganzen Zolltarifs damit beseitigt, und eine solche Abweichung hätte denn auch ihr schweres finanzielles Bedenken. Es würde damit das Ausgleichs- mittel wegfallen, das unser heimisches Getreide ebenso gut stellen muß, wie das ausländische Getreide durch die gün- stigen Produktionsbedingungen gestellt ist.

Abg. Graf zu Stolberg-Wernigerode-Rastenburg:
Er glaube, daß die Regierung sehr wohl im Stande sein werde, den Transit- und den Veredlungsverkehr auf- recht zu halten, und daß deshalb die Panique ganz un- berechtigt sei, die in Königsberg, Danzig etc. ausgebrochen sei. Es sei durchaus nöthig, an dem System der Fest- haltung der Identität nicht zu rütteln, denn dessen Preis- gebung werde zu ganz unabsehbaren Konsequenzen führen. Von diesen Gesichtspunkten aus sei der Antrag v. Schalscha schädlich, der des Abg. Delbrück überflüssig, und er bitte, beide abzulehnen.

Abg. Kuppert spricht sich für die Vorlage aus, bittet jedoch, im Falle der Annahme des Antrags des Abg. Delbrück, im Interesse der bairischen Verhältnisse Salz und Rübsaat ebenfalls zollfreien Durchgangs- verkehr zu gestatten.

Abg. Dr. Hamberger:
Fürst Bismarck sagt, wir sollen Vertrauen haben zu der Gerechtigkeit und dem Wohlwollen der Bundesregierung. Im allgemeinen wird dagegen niemand etwas sagen, aber über solche Fragen haben wir doch nicht zu discutiren. Der Herr Reichskanzler schilt auf die Statistik, und im nächsten Moment werden uns die statistischen Zahlen vom Regierungstische als Belege angeführt. Fürst Bismarck klagt über die schlechte Lage, über die fürchterliche Belastung der Landwirtschaft im Vergleich mit den andern Gewer- ben. Aber dieselben Klagen hören wir augenblicklich auch in England und Frankreich. Was die Zulassung der acquits à caution anlangt, ob ich sie vom freihändlerischen Stand- punkte aus billige, wonach mich Graf Stolberg fragte, so gebe ich zu, daß sie ein großes Uebel sind; aber ich accep- tire sie, um ein anderes, größeres und noch weit schlimme- res Uebel erträglich zu machen, um die Keuerung in die möglichst unschädlichen Grenzen einzuzwängen. Ganz dieselbe Ansicht vertreten auch die französischen Freihändler, obwohl man sonst durchaus gegen jede Ausfuhrprämie sich erklä- ren muß.

Abg. Staudy:
Auch er habe das höchste Interesse daran, daß der be- deutende Getreidehandel, welcher von den preussischen See- städten getrieben werde, noch weiter blühe. Im übrigen sei er der Ansicht, daß die Debatte bereits erschöpft sei, daß alle Momente zur Genüge vorgetragen und das pro und contra erörtert sei. Schließlich beantragt Redner wegen des großen Interesses ganzer Provinzen und großer Lan- destheile an dem Getreidetransitverkehr, die Anträge Del- brück und Ridert der Tarificommission zu überweisen.

Nachdem noch Abg. v. Schalscha seinen oben mit- getheilten Unterantrag zum Amendement Ridert, eine Rückvergütung für ausgeführtes Getreide zu gewähren

und von dem Nachweis der Identität abgesehen, mit wenigen Worten vertreten hat, wird die Discussion geschlossen, und nach dem Antrage Staudy die Anträge Delbrück, Küfert, Ruppert und v. Schaffha der Tarifcommission überwiesen.

Hierauf verlegt sich das Haus. Vicepräsident Dr. Lucius schlägt vor, die nächste Sitzung auf Montag 11 Uhr anzusetzen, und proponirt als Tagesordnung die erste Lesung der Novelle zur Gewerbeordnung und Fortsetzung der Verathung des Zolltarifs. Dieser Vorschlag verursacht eine längere Geschäftsordnungsdebatte.

Abg. Richter wünscht die Novelle als zweiten Gegenstand auf die Tagesordnung gesetzt zu wissen, um die Verathungen des Zolltarifs nicht aufzuhalten.

Abg. Richter-Pagen widerspricht mit dem Hinweis darauf, daß dann die erste Verathung der nöthigen Gründlichkeit entbehren würde.

Abg. Windthorst glaubt, daß die verschiedenen Standpunkte der Vorlage gegenüber bereits bei früheren Gelegenheiten zur Genüge erörtert worden seien, und schlägt vor, etwa um 3 1/2 Uhr die Verathung anzusetzen, macht auch den Abg. Richter darauf aufmerksam, daß man dann auch noch sehr gründlich debattiren könne; er seinerseits sei bereit, wenn Hr. Richter aushalte, bis 12 Uhr nachts dazubleiben. (Große Heiterkeit.)

Die Abg. v. Hellborn und Adermann unterstützen den Vorschlag des Präsidenten, welcher indeß nicht dem Beifall der Majorität findet.

Der Präsident verzichtet nunmehr überhaupt darauf, den Gegenstand an zweiter Stelle auf die Tagesordnung zu setzen, sodasß lediglich in der Verathung des Zolltarifs fortgefahren wird.

Deutsches Reich.

N.L.C. Berlin, 25. Mai. Bei der gestrigen Wahl des ersten Vicepräsidenten hatten für Frhrn. zu Franckenstein das Centrum und die Deutschconservativen geschlossen gestimmt; die Reichspartei war gespalten, indem die Particularisten unter Führung des Frhrn. v. Barmhiller an der Erhöhung des Centrums theilnahmen, während die übrigen Mitglieder meistens für den national-liberalen Abg. Böll stimmten. Die National-Liberalen selbst hatten, wie bei der Präsidentenwahl, weiße Zettel abgegeben, ebenso die Fortschrittspartei.

Der zum ersten Vicepräsidenten des Reichstages gewählte Abg. Georg Artogast Frhr. zu Franckenstein auf Schloß Ullstadt bei Langensfeld in Mittelfranken ist geboren am 2. Juli 1825 zu Würzburg und studirte auf der Universität zu München, ist königlich bairischer Kämmerer und erblicher Reichsrath der Krone Baiern, Großkanzler des bairischen Hausritterordens vom heiligen Georg. Von 1867—70 war er Mitglied des Zollparlamentes und seit 1872 ist er Mitglied des Deutschen Reichstages. Zufolge der «Germania» ist er langjähriger Vorsitzender der Centrumsfraction.

Die von uns gegebene Mittheilung von einem Anerbieten der Deutschen Reichspartei, Frn. v. Bennigsen ihre Stimmen zum Präsidenten zu geben, wird bestätigt durch folgenden Artikel der «Post»:

Die Deutsche Reichspartei hatte zunächst, ihren alten Traditionen treu, versucht, eine Vereinigung der früheren Majorität zu Stande zu bringen auf den Namen v. Bennigsen, weil derselbe in der Zolltarifsfrage eine vermittelnde Stellung bisher eingenommen hatte und seine Befähigung für den schwierigen Posten eine zweifellose war. Sie fand für diesen Gedanken fruchtbaren Boden bei den Deutschconservativen, allein eine sehr läßliche Ablehnung bei den national-liberalen Führern, welche mit dem Hinweis antworteten, das sei ein Internum der Majoritätsfractionen, unter welchen für die National-Liberalen kein Platz sei.

Ein anderer Artikel desselben Blattes theilt folgendes Weitere über die Präsidentenwahl mit:

Angeht die parlamentarische Lage, geschaffen einerseits durch die entschiedene Weigerung der national-liberalen Partei, sich an der Wahl des ersten Vicepräsidenten zu betheiligen, andererseits durch den seitens der deutschconservativen Partei mit dem Centrum geschlossenen Compromiß mußte die Deutsche Reichspartei von jedem Versuche absehen, ihren lebhaften Wunsch, den in schwieriger Lage wohlbewährten zweiten Vicepräsidenten Dr. Lucius an die Stelle des Frhrn. v. Stauffenberg onfrücken zu lassen, zu verwirklichen. Die Wahl des Frhrn. zu Franckenstein mußte als fait accompli gelten. Unter diesen Umständen glaubte ein Theil ihrer Mitglieder mit Rücksicht auf die Bundesgenossenschaft des Centrums in vielen Wirtschaftsfragen dem von der deutschconservativen Fraction mit demselben geschlossenen Compromiß tatsächliche Folge geben zu sollen, während ein anderer Theil auch hierdurch die erheblichen Bedenken nicht beseitigt fand, welche zur Zeit noch in ihren Augen der Erhebung eines Mitgliedes des Centrums in die oberste Vertretung des Deutschen Reichstages entgegenstehen.

Die National-Zeitung merkt an, daß sie vor der Wahl des ersten Vicepräsidenten die Ansicht geäußert habe: es lohne den Versuch, sich über einen antiliberalen Candidaten zu verständigen, allein diese Ansicht habe bei der Fraction keine Zustimmung gefunden, vielmehr habe diese sich dahin geeinigt, wieder weiße Zettel

abzugeben. Uns scheint, die Ansicht der National-Zeitung war eine sehr beachtenswerthe.

Wie die National-Liberale Correspondenz, so scheidet auch der Hannoversche Courier (angeblich v. Bennigsen's Organ) das Tischbuch zwischen der national-liberalen Partei und Bismarck völlig entzwei. Jene gibt die Hoffnung auf, „daß es noch einmal wieder aufwärts gehen könnte unter dem heutigen Regiment“; dieser aber sagt:

Mit dem Rücktritt Fordenbed's vom Präsidium des Reichstages findet in unserer innern Politik eine Periode, welche thatsächlich schon seit längerer Zeit erschöpft und ausgelebt war, auch ihren äußerlichen Abschluß: die Periode des positiven Zusammenwirkens einer von den Liberalen bestimmten parlamentarischen Majorität mit dem Fürsten Bismarck.

Als Aufgabe der Liberalen aber wird bezeichnet: In der Opposition zu vertheidigen, was sie im Zusammenwirken mit dem Reichskanzler erlangt haben.

Den Hamburger Nachrichten schreibt man aus Berlin vom 23. Mai: „Der allem Anscheine nach ziemlich bedeutungslose, auf mehr äußerliche Gründe zurückzuführende Umstand, daß Dr. v. Fordenbed das Präsidium nicht am ersten, sondern erst am zweiten Sitzungstage nach seiner Städtetagsrede niedergelegt, hat zu einer Suche nach geheimen Motiven veranlaßt, unter denen in der Presse auch angebliche mißbilligende Aeußerungen «hoher Kreise» figuriren. Es ist nicht ganz klar, welche Kreise damit gemeint sind. Die Mißbilligung derjenigen des Reichskanzlers verstand sich wol von selbst, kann also, wenn sie geäußert worden — worüber uns nichts bekannt ist — keine Wirkung gelbt haben. Was aber andere «hohe Kreise» betrifft, so ist guter Grund zu der Annahme vorhanden, daß man dort an die offene Lossagung eines Mannes wie Fordenbed von der Politik des Fürsten Bismarck Erwägungen sehr anderer Art geknüpft hat, als sich in Billigung oder Mißbilligung kundgeben. Diesen Kreisen gegenüber nimmt der Reichskanzler eine Stellung ein, wie sie ein Minister in Preußen niemals, nur im vorigen Jahrhundert einmal in kleineren Staaten gehabt hat. In diesen Kreisen hat man es bekanntermaßen seit Jahren nicht leicht genommen, daß naheinander eine nicht geringe Anzahl hochgestellter, um Staat und Dynastie verdienter Männer es unthunlich fanden, mit dem Kanzler zusammenzuwirken. Mit Gefühlen ähnlicher Art dürfte man dort Frn. v. Fordenbed's Scheiden aus dem Präsidium des Reichstages betrachtet haben, denn von allen unsern Parlamentenpolitikern genießt er dort das größte Ansehen, die meiste persönliche Sympathie.“

Die Tarifcommission des Reichstages hielt am Sonnabend eine Sitzung über das Sperrgesetz. Nachdem die Vertreter der Regierungen deren Standpunkt entwickelt, stellte Abg. Windthorst-Meynen den Antrag: der Regierung insoweit entgegenzukommen, daß man beschliesse, gewisse Objecte zu sperren, nachdem die betreffende Position im Plenum in zweiter Lesung beraten sei. Aber v. Bennigsen ging weiter, indem er die Sperre der betreffenden Objecte auch vor der Verathung im Plenum zugestehen wollte. Der Antrag des Frn. v. Bennigsen ward angenommen. Bei der Verathung der unter das Gesetz zu stellenden Artikel ward (nach der «Post») von einem prononcirten Agrarier die Erklärung abgegeben, daß er und seine Partei sich auf die Noheisenfrage nicht einlassen könnten, bevor nicht die von ihnen gewünschte Erhöhung der landwirthschaftlichen Zölle eingetreten sei. Die Agrarier stimmten denn auch mit den Freihändlern zusammen gegen die Position, «Noheisen», welche mit 14 gegen 14 Stimmen zu Fall kam. Die Abstimmung rief eine außerordentliche Erregung hervor. Gemäß derselben würden nun bloß Naturproducte (Tabak u.) der Sperre unterliegen.

Der Neuen Preussischen Zeitung schreibt man: „Die Abstimmung über den Antrag v. Mirbach-Günther, welche für die Erhöhung des Roggenzollens von 50 Pf. auf 1 M. nur 161 Stimmen gegen 173 gegenwärtig ergab, hat in agrarischen Kreisen, wenn auch nicht überrascht, so doch einen wenig erfreulichen Eindruck gemacht, um so mehr, da bei dieser Sachlage die Eisenzölle in ihren hohen Sätzen doppelt unverhältnißmäßig erscheinen. Nicht unbemerkt konnte der Umstand bleiben, daß unter den Gegnern der Erhöhung des Roggenzollens auch die Abg. Dr. Friedenthal und Dr. Falk ihre Stimmen abgegeben haben. Den jetzt vorliegenden Thatsachen gegenüber wird das Bestreben, die Eisenzölle wesentlich herabzumindern, in dritter Lesung um so lebhafter und vielleicht erfolgreicher zu Tage treten.“

Aus Berlin vom 22. Mai wird der Weser-Zeitung geschrieben: „Die Rede des Reichskanzlers über die Getreidezölle hat zum ersten male mit vollster Deutlichkeit das Reformprogramm, zu dessen Durchführung die Revision des Zolltarifs der erste Schritt ist, erkennen lassen und die mehr vereinzelt Andeutungen, welche die Rede bei der Generaldiscussion gegeben hatte, vervollständigt. Nach der Auffassung des Reichskanzlers hat die preussisch-deutsche

Steuererhebung die 20 Mill. der ländlichen Bevölkerung zu Gunsten der städtischen in höchst ungerechter Weise belastet. Die Grundbesitzer sind mit directen Steuern bis zu 20 Proc. des Reinertrags belastet; die Eisenbahntarife, die Sportel- und Stempelgesetzgebung, die gesetzlichen Bestimmungen über die Armenpflege u. benachtheiligen die Landwirthschaft. Der «geduldige Landmann» hat das bis jetzt ertragen, vielleicht weil er sich nicht bewußt war, daß er ungerecht behandelt wurde. Aber Fürst Bismarck versichert, was er dazu thun könne, es ihm zum Bewußtsein zu bringen, das wolle er thun, «nicht der Agitation, sondern der Gerechtigkeit wegen». Das Motiv mag unbedeutend bleiben; aber ein Mann wie Fürst Bismarck kann doch unmöglich übersehen, daß das, was er «der Gerechtigkeit wegen» unternimmt, in der That den Anstoß zu einer Agitation gibt, welche, von den «gedulbigern» 20 Mill. ausgehend, sich direct gegen die andere Hälfte der Bevölkerung, gegen die städtische und industrielle richtet.“

Der Weser-Zeitung berichtet man aus Berlin vom 24. Mai: „Wie verlautet, würde der Bundesth der Einföhrung der Tabaksperre in Verbindung mit der vorläufigen Einföhrung der Eisenzölle zustimmen. Für letztere ist aber die Majorität nicht gesichert. — Im Reichstage circulirte heute das Gerücht, die Minister Falk und Friedenthal würden zurücktreten, anscheinend infolge ihres gestrigen Votums gegen die Erhöhung des Kornzollens.“

Das soeben ausgegebene 11. Heft der Mittheilungen des Vereins zur Förderung der Handelsfreiheit enthält aus der Feder des Reichstagsabgeordneten Professor Karsten eine Berechnung des finanziellen Ergebnisses des neuen Zolltarifs. Tabak- und Bransteuer sind darin nicht berücksichtigt. Ohne dieselben ergibt sich als Maximalzahl ein Ertrag von 120,846809 M., als Minimalzahl (infolge des zu erwartenden Minderverbrauches) ein solcher von 88,149196 M. Sehr wahrscheinlich wird der Ertrag etwa in der Mitte zwischen beiden Summen liegen. Es treffen davon auf Nahrungsmittel 41,568889 M., auf Genussmittel 17,618751, auf Beleuchtung (Petroleum, Lichte u.) 25,856524, auf Gegenstände zur Bekleidung 12,204180 M., dagegen auf Gegenstände für Herstellung der Arbeitsgeräthe, Bauten, Maschinen 19,674044 und auf andere Fabricate 3,721238 M. Ordnet man die Zolltrräge in Beziehung auf die verschiedenen Interessentkreise, so ergibt sich folgendes Verhältnis: Land- und forstwirtschaftliche Producte 49,659229 M., industrielle Schutzzölle 28,047484, Finanzzölle 43,140096 M.

Eine der für Kaufleute und Fabrikanten wichtigsten Fragen, die bei Einföhrung des neuen Zolltarifs in Betracht kommen, ist die der Zollcredittfristen. Auf einen Antrag Preußens wurde im Jahre 1869 vom Zollbundesrath beschlossen, vom 1. Oct. 1870 ab als längste Creditfrist drei Monate festzustellen und außerdem wurde bestimmt, daß die Creditfrist für die einzelnen Abgangsabgaben mit dem Anfange desjenigen Monats beginnen solle, welcher auf den Fälligkeitmonat folgt. Jetzt sind, wie man hört, einzelne Regierungen, z. B. die von Baiern, der Ansicht, daß mit dem Inkrafttreten des neuen Zolltarifs eine Erweiterung der Creditfristen eintreten müsse, wenn nicht viele Kaufleute und Fabrikanten benachtheiligt werden sollen. Ohne diese Verlängerung würde namentlich der Handelsverkehr der Seehandelsplätze schon deshalb empfindlich benachtheiligt werden, weil die Niederlagen keineswegs zur Aufnahme aller mit dem Inkrafttreten des neuen Zolltarifs in Betracht kommenden Waaren eingerichtet sind.

In der Sitzung des Bundesrathes am 23. Mai wurden Vorlagen betreffend a) den Antrag Preußens wegen Einföhrung einer Commission zur Ausarbeitung des Entwurfs eines Reichsgesetzes über das Eisenbahnwesen u.; b) den Entwurf eines Gesetzes über die Schiffsmeldungen bei den Consulaten des Deutschen Reiches den bezüglichen Ausschüssen überwiesen. Ausschußberichte wurden erstattet über a) den Entwurf eines Gesetzes über die Statistik des auswärtigen Waarenverkehrs des deutschen Zollgebietes. Der Gesetzentwurf wurde genehmigt; b) die Evidenzhaltung der Personenstandsregister. Der bezügliche Ausschußantrag wurde angenommen; c) die Erwerbung des Graf Kaczynski'schen Grundstücks zur Errichtung eines Reichstagsgebäudes. Es soll zunächst mit der preussischen Regierung wegen Abtretung der erforderlichen fiscalischen Grundstücke verhandelt werden.

Die Neue Preussische Zeitung berichtet aus Berlin vom 23. Mai: „Für das neue Kriegsgericht in Sachen des Großen Kurfürsten ist, wie verlautet, der Auditor der Admiralität, Wirtl. Admiralitäts- und vortragender Rath Perels mit dem Referat beauftragt; als Referent bei dem ersten Gericht fungirte der Justizrath Loos, Auditor der Marinestation der Ostsee. Der Spruch des ersten Kriegsgerichtes war, wie man hört, kaisersprechend oder doch so milde ausgefallen, daß dem Herrn Ort ein neues Kriegs-

gericht besetzt zu sein...
Die...
Wieder...
des Gener...
zum Staat...
Woche erfa...
nung...
nicht eher...
halterhaft...
und gegen...
geschaffen...
— Einen...
wiener No...
einer albe...
Empfang...
dung einer...
müssen...
— Die...
Reichsta...
Mitgliedern...
schwach be...
wurden bei...
Dr. Böll...
Centrum...
dagegen...
ihrer Spitz...
stand der...
und die...
Antrages...
aber die...
ganz frisch...
getragenen...
Sperrgesetz...
letztern we...
Herstellung...
entworfen...
— Die...
eins zur...
Concord...
statt. Der...
gleicher mit...
auch versch...
Corporatio...
Die Sign...
Statuten...
Preuß...
einige Ang...
nover au...
legenheit...
vorgelegen...
den Antr...
über den...
oben mitge...
fogenannte...
fordern...
wie sich...
— Die...
lung des...
parlament...
wir eine...
mögen, als...
Glaubwür...
So überan...
aus Kling...
nicht vorer...
ben lautet...
Berlin...
Cultusmini...
Begründ...
verändert...
kanzler Fr...
das Fall...
worden sind...
zurückge...
hängigung...
Bestimmten...
besten, daß...
der Mom...
Abschied...
mit allem...
erinnern...
nicht mehr...
Trennung...
Der Kronp...
woche, sein...
Fall verhar...
als Befehl...
seit Mitte...
von einem...
in seinem...
lichkeit alle...
nur so lang...
Tage ist...
die Unmög...
wohin er...
Dr. 5 ein...
Neubau, so...
noch einmal...
Baiern...
der Neuen...

gericht befohlen worden ist. Der Präses desselben be-
traut zu seiner Information in den sehr umfangreichen
Acten eine längere Zeit, und deshalb kann das Kriegs-
gericht erst Anfang Juni abgehalten werden."

Die Neue Preussische Zeitung schreibt: „Die
Weldung des Berliner Tageblattes, daß die Ernennung
des Generalfeldmarschalls Frhrn. v. Manteuffel
zum Statthalter von Elsaß-Lothringen noch in dieser
Woche erfolgen werde, ist durchaus irrig. Die Er-
nennung eines Statthalters kann selbstverständlich
nicht eher erfolgen, als bis die Institution der Statt-
halterschaft durch das in der Verathung begriffene
und gegenwärtig noch im Bundesrathe befindliche Gesetz
geschaffen ist.“

Einem Berliner Telegramm der hochherrschaftlichen
wienener Montags-Revue zufolge hätte Fürst Bismarck
einer albanesischen Deputation den nachgesuchten
Empfang verweigert, und hätte sich diese auf Zusen-
dung einer Abschrift ihres Memorandums beschränken
müssen. Berliner Blätter melden davon nichts.

Die achte parlamentarische Soirée beim
Reichskanzler am vorigen Sonnabend war von
Mitgliedern des Reichstages und des Bundesrathes
schwach besucht. Von national-liberalen Abgeordneten
wurden bemerkt die Herren Bähr-Rassel, Dr. Gneist,
Dr. Böll, Behrens-Pennig, Meier-Bremen; auch vom
Centrum waren nur wenige anwesend; sehr zahlreich
dagegen waren die Deutschconservativen vertreten, an
ihrer Spitze der neue Präsident v. Seydewitz. Gegen-
stand der Conversation waren theils die Getreidezölle
und die mutmaßlichen Folgen der Verwerfung des
Antrages auf deren Erhöhung für die Beschlußfassung
über die Eisenzölle in der dritten Lesung, theils die
ganz frisch in die Soirée durch neue Gäste herein-
getragenen Beschlüsse der Tarifcommission über das
Sperrgesetz. Der Reichskanzler bezogte sich mit
letzten wenig zufrieden und hoffte auf eine Wieder-
herstellung der weiter gehenden Tendenzen des Gesetz-
entwurfes im Plenum.

Die constituirende Generalversammlung des Ver-
eins zur Förderung des Wohles der Arbeiter
Concordia fand am 25. Mai in Frankfurt a. M.
statt. Der Verein zählt bereits nahe an 1000 Mit-
glieder mit einem Jahresbeitrage von circa 18000 M.;
auch verschiedene staatliche und städtische Behörden,
Corporationen und Vereine gehören demselben an.
Die Sitzung war wesentlich der Durchberathung eines
Statutenentwurfes gewidmet.

Preußen. Die Neue Preussische Zeitung stellt
einige Angaben über die der Erbkönigin von Han-
nover auszusahlende Pension richtig: „Die Ange-
legenheit hat zur Entscheidung des Kaisers und Königs
vorgelegen und ist inzwischen diese Entscheidung nach
den Anträgen des Staatsministeriums erfolgt. Was
über den Zeitpunkt und die Vorbedingungen der Zahlung
oben mitgetheilt wird, ist durchweg ungenau. Der
sogenannte Welfensfonds wird gar nicht in Hannover,
sondern in Berlin im Finanzministerium verwaltet,
wie sich aus dem betreffenden Gesetz ergibt.“

Die Schlesische Zeitung schreibt: „Ueber die Stel-
lung des Herrn Cultusministers geht uns aus
parlamentarischen Kreisen eine Mittheilung zu, für die
wir eine andere Garantie nicht zu übernehmen ver-
mögen, als sie uns selbst in der bisher stets bewährten
Glaubwürdigkeit des Herrn Einsenders geboten ist.
So überaus unerfreulich diese Mittheilung auch für
uns klingt, glauben wir dieselbe unsern Lesern doch
nicht vorenthalten zu dürfen. Das bezügliche Schrei-
ben lautet:

Berlin, 23. Mai. Die Frage, wie lange Dr. Falk noch
Cultusminister bleiben werde, tritt von neuem in den Vor-
dergrund, und ihre Berechtigung erklärt sich aus der völlig
veränderten Stellung des Centrums gegenüber dem Reichs-
kanzler Fürsten Bismarck. Wir glauben bestimmt zu wissen,
daß Falk geht, sobald die Curie und der Kanzler einig ge-
worden sind; und unsere Frage an einen wohlunterrichteten
erregten Centrumsmann, ob er glaube, daß eine Ver-
änderung überhaupt möglich sei, beantwortete er mit einem
Bestimmten „ganz gewiß“. Dr. Falk weiß selbst am aller-
besten, daß er „Cultusminister ad hoc“ ist, und noch ehe
der Moment seiner Entbehrlichkeit eintritt, wird er seinen
Abschied eingereicht haben, auf dessen Gewährung er dann
mit allem Nachdruck besteht. Dr. Falk würde, woran zu
erinnern nicht überflüssig erscheint, schon seit elf Monaten
nicht mehr Minister sein, wenn nicht im vorigen Jahre die
Constitutionelle Stellvertretung notwendig geworden wäre.
Der Kronprinz hat den Minister zu Ende der ersten Juni-
woche, sein Entlassungsgesuch zurückzunehmen, und für Dr.
Falk verhandelt die Folgeleistung des Wunsches, den er
als Befehl aufkassirte, von selbst. Von da ab, oder vielmehr
seit Mitte December des Vorjahres, ist er Cultusminister
von einem Tage zum andern, außerordentlich selbständig
in seinem Ressort und durch nichts genirt, aber mit Angst-
lichkeit alle Zeichen der Zeit deutend, und er bleibt eben
nur so lange, als er völlig frei sich zu bewegen in der
Lage ist. Jedes Compromiß mit Rom bedeutet für ihn
die Unmöglichkeit längern Verweilens in der Botschaft,
wohin er gestern übergesiedelt ist, weil unter den Linden
Dr. S ein Neubau erstbt. Er bezieht nicht bloß diesen
Neubau, sondern er wohnt in der Botschaft allerhöchstens
noch einmal die Quartalsmiete.“

Baiern. Aus Würzburg vom 23. Mai wird
der Neuen Frankfurter Presse berichtet: „Die Verhand-

lung gegen den Lieutenant der nürnbergischen Infan-
teriegarnison Frhrn. Schenk v. Geyern wegen Miß-
brauchs der Dienstgewalt hat heute am hiesigen Militär-
geschworenenshofe ihren Anfang genommen. Die Ver-
handlung gewinnt ein psychologisches Interesse in erster
Linie, als Frhr. v. Schenk in seiner Eigenschaft als
Reserveoffizier mehrere Jahre petitionirte, um in die
active Armee einrücken zu dürfen, und bald nach sei-
nem Eintritt in dieselbe begann er sein neues Straf-
system, das in der Regel mit blanker Waffe an den
Rekruten ausgeführt wurde und den Betroffenen nicht
selten große Schmerzen, häufig auch Verletzungen und
Geschwülste verursachte. Hand der Angeklagte eine
strengere Strafe für angemessen, dann ließ er die
Mannschaft in zwei langen Reihen antreten und der
zu Bestrafende mußte alsdann wie beim Spießruthen-
laufen durch die Reihen gehen, vor jedem einzelnen
Soldaten halt machen, und dieser applicirte ihm auf
Commando eine verbe Ohrfeige, sodas ein derartig
Befrafter oft nach der Execution tagelang mit ge-
schwellenem Gesicht herumging. Zur Sicherung, daß
die verabreichte Ohrfeige auch die nöthige Kraft besaß,
war dem Ohrfeigenausstheilenden angedroht, daß ihn
der Delinquent selbst beohrfeigen dürfe, wenn die er-
haltene nicht vorschriftsgemäß stark war. Als Be-
lastungszeugen sind 55 Soldaten geladen, die alle
mehr oder weniger unter dem neuen Strafsystem zu
leiden hatten, während noch vier weitere Angeklagte
(zwei Sergeanten und zwei Unteroffiziere) mit den glei-
chen Reaten des Mißbrauchs der Dienstgewalt belastet
sind, die aber auf Befehl des commandirenden Lieuten-
nants diese Ausschreitungen sich haben zu Schulden
kommen lassen. So mußte z. B. ein Soldat eine
Stunde lang über den Stock springen; wenn er vor
Erkundung nicht hinüberkam, wurde er mit Säbel-
hieben angetrieben, und als er schließlich zusammen-
sank, mußte er noch eine halbe Stunde in voller Aus-
rüstung und das Gewehr über den Kopf haltend in
der Kniebeuge dastehen. Lieutenant v. Schenk gibt im
Verhör an, daß er nur im Interesse des Dienstes,
zur Abschreckung für die Tragen, dieses Strafsystem
eingeführt habe, und stellt jede Absicht des Schmerzen-
hervorwurfs in Abrede. Die Verhandlung umfaßt
gegen 60 Reate des Mißbrauchs der Dienstgewalt.
Den militärischen Vorstg hat General v. Horn, die Lei-
tung Militärbezirksgerichtsdirector Dr. Englert, Staats-
anwalt Zenl führt die Anklage, Rechtsconzipient Heim
die Verttheidigung. Die Geschworenensbank ist überwie-
gend aus Offizieren des Artillerieregiments gebildet.“

Aus Würzburg vom 24. Mai abends wird be-
richtet: „Das Militärgericht verurtheilte den Lieuten-
nant Schenk v. Geyern wegen 66 verschiedener Miß-
handlungen ihm untergeordneter Soldaten zu zwei Jahren
Festung und Dienstentlassung.“

Der augsburger Allgemeinen Zeitung berichtet
man aus München vom 23. Mai: „Das Schwur-
gericht verurtheilte in contumacia wegen Aufforde-
rung zum Hochverrath und Beleidigung des Deutschen
Kaisers und des Reichskanzlers den Frhrn. v. Linden
zu 4 Jahren Festung und 6 Monaten Gefängniß, den
Buchhändler Schabelitz in Bärn zu 15 Mo-
naten Festung und 2 Monaten Gefängniß.“

Demselben Blatte schreibt man aus München
vom 23. Mai: „Der Redacteur des Bayerischen
Vaterland, Dr. Sigl, ist am vergangenen Mittwoch
zu einer Audienz bei dem hiesigen Erzbischof einge-
laden worden, wobei ihm ein neues Schreiben des
Cardinal-Staatssecretärs Nina vorgelesen wurde, in
welchem die Freude des Papstes über seine Unterwer-
fung ausgedrückt und die sichere Erwartung ausge-
sprochen wird, daß Dr. Sigl fortfahren werde, die
Sache der katholischen Kirche und des Heiligen Stuhles,
jedoch bei Vermeidung aller Angriffe auf Personen,
tapfer zu verteidigen. Dieser Erlaß wird auch den
andern Bischöfen Baierns mitgetheilt werden.“

Frankreich.

* Paris, 24. Mai. Das Journal des Débats
bespricht den letzten Vortrag des Fürsten Bismarck
im Deutschen Reichstage. „Der Kanzler“, schreibt das
Blatt, „scheint einige Sätze aufgestellt zu haben, welche
bestritten werden dürften, namentlich als er behauptete,
der Preis des Kornes und der Brotpreis ständen in
seiner notwendigen Beziehung zueinander, und das
Brot sei heutzutage ebenso theuer als zur Zeit, wo
das Getreide das Doppelte kostete. Zum ersten mal
abrigens hat Fr. v. Bismarck klar und deutlich das
Wort „Schutz“ ausgesprochen, zwar nicht ohne unter
der Linken heftige Proteste hervorzurufen. Er kennt
aber gegenwärtig genau die Kräfte seiner Gegner und
hat sich durch dergleichen Aeußerungen nicht aus dem
Concept bringen lassen. Die Getreide- und Viehzölle
werden folglich nicht bloß finanzielle Zölle sein; sie
werden hauptsächlich dazu bestimmt sein, die Land-
wirthe und die Bauern zu schützen“. Das System
des Kanzlers entwickelt sich, je mehr der letzte Wider-
stand verschwindet. So z. B. erhebt er aufs neue
die Frage über die Staatseisenbahnen mittels der
Ernennung eines Ausschusses von neun Mitgliedern,

welcher das Régime, dem diese Bahnen unterworfen
werden sollen, auszuarbeiten hat. Dieser Ausschuss,
sobald er zu Stande gekommen, wird drei Gesetzent-
würfe zu prüfen haben, welche die preussische Regie-
rung demselben unterbreiten wird. Er wird also die
Arbeit zur Hälfte fertig finden. Der Kanzler, wie man
sieht, verliert keine Zeit, seine Vortheile zu benutzen.“

Belgien.

Aus Brüssel vom 23. Mai berichtet man der
Kölnischen Zeitung: „Die Kammer beschäftigte sich
heute wieder mit dem Schulgesetz. Couvreur betonte,
daß es der liberalen Partei nicht um Religion und
Moral, sondern lediglich um die Nachbesserung der
römisch-katholischen Kirche zu thun sei. Die Moral
sagt: Liebet euch untereinander! Jene Partei aber
sagt: Liebet euren Nächsten, wenn er katholisch ist;
ist er es nicht, so entfernt euch. So handeln Sie,
meine Herren, auf der Rechten. Bei dem Leichen-
begängniß eines Beamten, der die Zierde des Landes,
ein Muster der Sittlichkeit und Uneigennützigkeit ge-
wesen und von der ganzen Bevölkerung zur letzten
Ruhesstätte geleitet worden ist, da — sind Sie zu
Haufe geblieben.“ Nach diesen Worten brach auf
der Linken und auf den Tribünen ein Sturm des
Beifalls los, sodas der Präsident dem Publikum
Schweigen gebieten mußte.“

Königreich Sachsen.

Aus Dresden vom 24. Mai berichtet das
Dresdner Journal: „Der neuerwählte Fürst von
Bulgarien, Prinz Alexander von Battenberg, ist
heute Vormittag von Wien hier eingetroffen, im Vic-
toriahotel abgetreten, hat mittags 1 Uhr Sr. Maj.
dem Könige in der königlichen Villa zu Strahlen einen
Besuch abgestattet, wird daselbst dann um 4 Uhr an
der königlichen Tafel theilnehmen und abends 6 Uhr
20 Min. nach Berlin weiterreisen.“

* Leipzig, 26. Mai. Hier starb am 22. Mai der
langjährige und vielverdiente Director des Waisen-
hauses, Dr. med. C. E. Schloßhauer, erst 61
Jahre alt.

C. Leipzig, 24. Mai. Heute Nachmittag 3 1/2 Uhr begann
das diesjährige Frühjahrsrennen des Leipziger Renn-
clubs, das wie üblich auch diesmal zwei Nachmittage in
Anspruch nimmt. Obgleich dem hiesigen Publikum in letzter
Zeit öfters Gelegenheit geboten wurde, bei den von Director
Kenz veranstalteten Kunstwettrennen seiner Schaulust nach
dieser Richtung hin Genüge zu thun, so war doch die Zu-
schauerzahl eine große, wozu jedenfalls auch das so schnell
erwartete und nun endlich eingetretene warme Wetter mit
beitrug. Zwar trat gegen Ende des Rennens eine kleine
Störung durch einige kurze Regenschauer ein, im übrigen
aber verlief sonst alles nach Wunsch. Das Rennen selbst
ging programmgemäß in folgender Weise vor sich. 1) Er-
öffnungsrennen; Preis 1600 M., Distanz 1600 Meter.
Herrnreiten, Handicap. Es waren 19 Pferde angemeldet,
von denen aber nur 5 liefen. Sieger blieb Frhrn. v. Lan-
gen's vierjähriger Hengst Pregel, während Frn. Oehlschlä-
ger's fünfjährige Stute Countess Savern als zweites Pferd
anlangte. 2) Unionclubpreis 2000 M., Distanz 1600 Meter.
Von 14 angemeldeten Pferden gingen 4 und von diesen
siegte Frhrn. Hohenlohe-Dehringen's dreijährige Stute Klün-
lerin, der Graf Bernstorff-Goldenfers' dreijährige Stute
Wippach dicht nachfolgte. 3) Verlosungshürdenrennen; Preis
3000 M., wovon 1600 M. dem Sieger und 1500 M. dem
Besten des Gewinnloses zufielen; Distanz 1800 Meter,
Herrnreiten. An diesem Rennen theilnahmen sich von den
7 angemeldeten Pferden 5, von denen Lieutenant Frhrn.
v. Korff's Hengst Mannington als erstes und Frhrn. v. Lan-
gen's Stute Frau Fluth als zweites Pferd den Pfofen er-
reichte. Alle Hürden wurden mit großer Eleganz genom-
men, wodurch dieses Rennen zu einem höchst anziehenden
Schauspiel wurde. 4) Leipziger Handicap. Preis 2300 M.,
wovon das zweite Pferd 300 M. und die Hälfte der Ein-
sätze und Reuzelder erhält, während das dritte Pferd den
Einsatz rettet; Distanz 2800 Meter. Hieran theilnahmen sich
von den 14 angemeldeten Pferden 7. Es siegte Baron
Wesselenyi's sechsjährige Stute Zebra, während in zweiter
und dritter Linie Prinz Schönauich-Carolath's vierjährige
Stute Fille de Roland und Frn. C. Kenz' vierjähriger Hengst
Hotspur anlangten. Das größte Interesse erregte wie immer
das Schlussrennen: 5) Frühjahrs-Steeple-Chase; Preis
1500 M., gegeben von einem Freunde des Sports, und
300 M. für das zweite Pferd; Herrnreiten. Die Verthei-
ligung war eine sehr rege, denn von 10 Pferden, die hier-
für angemeldet waren, erschienen 7 in der Bahn. Mit
größter Spannung folgten aller Augen den dahinschwebenden
Rennern. Am Wassergraben, nach Zurücklegung von un-
gefähr einem Drittel der circa 3600 Meter langen Bahn,
stürzte Lieutenant v. Witte und mußte seine fernere Ver-
theiligung aufgeben. Nach einer kurzen Strecke erreichte
Frn. Oehlschläger dasselbe Schicksal, der bis dahin immer
voran gewesen und nur kurz vor seinem Sturz durch Lieuten-
nant Frhrn. v. Korff überholt worden war. Letzterer ver-
lor aber die Führung leider dadurch wieder, daß er sich
verrit und nun erst eine Volte reiten mußte, bevor er den
indef vorgelommenen übrigen Herren wieder folgen durfte.
Als Sieger aus diesem höchst interessanten und die Auf-
merksamkeit in hohem Grade fesselnden Rennen ging Lieuten-
nant v. Schmidt-Pauli's sechsjähriger Wallach Ligurian her-
vor, doch so unmittelbar gefolgt von Prinz Oehlschläger's Stute
Minnie, daß es bis zum letzten Augenblicke zweifelhaft war,
wer siegen würde. Drittes Pferd wurde Lieutenant Reich's
sechsjährige Stute Cosy und rettete somit den Einsatz.
Nach Schluß des Rennens verweilte noch eine große Zahl
Zuschauer (woh meist Losinhaber) auf dem Rennplatze, um
persönlich der Verlosung des Siegers aus dem Verlosungs-
rennen beizuwohnen, deren Resultat wir leider verhindert



Leipziger Börse.

26. Mai.

Wechsel.

Table with exchange rates for various locations including Amsterdam, London, Paris, and Vienna.

Deutsche Fonds.

Large table listing various German bonds and funds with columns for title, date, and price.

Bank-Disconto.

Table showing bank discount rates for different banks and locations.

Sorten.

Table listing various types of bonds and securities with their respective prices.

Eisenb.-Stamm-Act.

Table listing railway stocks and their prices.

Table listing various railway stocks and bonds under the heading 'Eisenb.-St.-Pr.-Actien'.

Table listing bank and credit stocks under the heading 'Bank- u. Credit-Actien'.

Table listing industrial and priority stocks under the heading 'Industrie-Act. Prioritäten u. Stamm-Prior.'.

Table listing foreign funds under the heading 'Ausländische Fonds'.

Table listing coal stocks under the heading 'Kohlen-Act. u. Prior.'.

Table listing various other stocks and bonds.

Table listing international railway stocks under the heading 'Int. Eisenb.-Prior.-Obl.'.

Table listing international coal stocks under the heading 'Ausl. Eisenb.-Prior.-Obl.'.

Table listing international coal stocks under the heading 'Kohlen-Act. u. Prior.'.

Ankündigungen.

Theater der Stadt Leipzig.

Neues Theater, Dienstag, 27. Mai. Die Africanerin. Oper in 5 Acten. Musik von Meyerbeer. (143. Abonnements-Vorstellung.)

Altes Theater, Dienstag, 27. Mai. Letztes Gastspiel des Herrn Felix Schweighofer und des Frä. Karoline Wendel vom k. k. Theater a. d. Wien.

Wanderjahre in Italien.

Von Ferdinand Gregorovius.

Fünf Bände.

8. Jeder Band geb. 5 M. 40 Pf., geb. 6 M.

Inhalt:

Erster Band: Figuren. Geschichte, Leben und Scenerie aus Italien. Vierte Auflage.
Zweiter Band: Lateinische Sommer. Dritte Auflage.
Dritter Band: Siciliana. Wanderungen in Neapel und Sicilien. Vierte Auflage.
Vierter Band: Von Ravenna bis Rentana. Dritte Auflage.
Fünfter Band: Apulische Landschaften.

Gregorovius' Wanderjahre enthalten 'as Tagebuch seines langen Lebens und Wanderns und seiner Studien in dem klassischen Lande, wo er die Geschichte der Stadt Rom im Mittelalter schrieb. Die vielseitigen, anziehenden Schilderungen sind Landschaftsgemälde von bleibendem historischem Werth, wie von künstlerischem Styl. Gregorovius hat sie als ein neues Genre in der Literatur geschaffen, die vor ihm nicht Ähnliches besaß. Die schnelle Verbreitung dieser Bände lehrt, daß sie in der literarischen Welt ihren dauernden Werth gefunden haben.

Von dem Verfasser erschien in demselben Verlage:

Euphorion. Eine Dichtung aus Pompeji. Dritte Auflage. 8. Geb. 2 M. 40 Pf.
Seb. 2 M. Illustrierte Prachtausgabe mit Original-Compositionen von Theodor Große. 4. Hef. cartonné 7 M.
Die Grabmäler der römischen Päpste. Historische Studie. 8. Geb. 3 M. 60 Pf.
Seb. 4 M. 50 Pf. [1179]

Verlag von Rudolph Costenoble, Bern.
Neu! Vorräthig in jeder Buchhandlung. Neu!

Jeiteles Teutonicus

Harfenlänge
aus dem vermauschten Deutschland
von Marr, dem Zweiten.
Mit 21 Illustrationen von L. Beschstein.
Preis 1 M. 50 Pf. [1091-93]

CIRQUE RENZ.

Ecke der Frankfurter und Canalstrasse.
Heute Dienstag 27. Mai 1879.
Abends 7 1/2 Uhr grosse Vorstellung.
„Die Nibelungen“,
grosses Ausstattungstück in 3 Abtheilungen
und 3 lebenden Bildern nebst Apotheose,
arrangirt von Herrn A. Renz nach der
deutschen Sage gleichen Namens, Tänze
und Gruppierungen von der Balletmeisterin
Frl. Ostrath. — Die Fahrtschule, ge-
ritten von Herrn J. W. Hager, mit den
Schulpferden Don Juan und Leporello.
— Debut der berühmten ameri-
kanischen Wasserkönigin Miss
Lurline, in ihren ausdauernden und staun-
enerregenden Productionen unter Wasser.
[1180] E. Renz, Director.

Königl. Hoftheater zu Dresden.

Repertoire-Entwurf
vom 27. bis 31. Mai.
Altstadt.
Dienstag, 27. Mai. Der Liebestrank. —
Mittwoch, 28. Mai. Kabale und Liebe. An-
fang 1/2 Uhr. — Donnerstag, 29. Mai.
Carpantier. — Freitag, 30. Mai. Ein Som-
mernachtsstraum. — Sonnabend, 31. Mai.
Knechtchen von Heuraut.
Neustadt.
Dienstag, 27. Mai. Wildfeuer. — Donner-
stag, 29. Mai. Unser Zigeuner. — Sonn-
abend, 31. Mai. Viel Lärm um Nichts.

Die Annoncen-Expedition von
J. BARCK & Co.
in
Halle a. d. Saale
empfiehlt sich zur Annahme von
Insertaten in alle Zeitungen.

Leipziger Tageskalender vom 27. Mai.

Eisenbahnfahrten.
Bairischer Bahnhof. A. Bunte Leipzig-Ges.
Abf. 4, 45 (Görlitz, Hof), 6, 25 (Görlitz, Jena,
Gera, Karlsbad, Eger, Wartensb., Regensburg, München,
Wien), 9, 5 (Gera, Götting, Eger, Hof, Regensburg,
Karlsbad, Wartensb.), 12, 30 (Jena, Gera, Götting,
Eger, Karlsbad, Wartensb., Hof, Wittenberg, Regensburg,
München, Wien), 3, 30 (Gera, Götting, Eger, Hof), 4, 15
(Götting, Eger, Wittenberg, Regensburg, München,
Wien), 6, 25 (Jena, Götting, Eger, Hof), 10, 40 (nur nach
Jena und Chemnitz), 12, 30 (Götting, Eger), Ank. 3, 35
(Götting, Eger), 6, 10 (Gera, Schwarzenberg, Gera, Götting,
Eger), 10, 40 (Gera, Schwarzenberg, Gera, Götting,
Eger), 12, 30 (Götting, Eger).

Verantwortlicher Redacteur: Prof. Dr. Carl Biedermann in Leipzig. — Herausgeber: Dr. Eduard Brockhaus in Leipzig. — Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

MEY & EDLICH, 9 Neumarkt, Leipzig.

Wir machen hierdurch bekannt, dass wir in unserem Detail-Geschäft
Shirtings, Chiffons und Hemdentuch (Dowlas)

in ganzen Stücken von circa 60 Metern und halben Stücken von circa
30 Metern zum Verkauf bringen. Einzelne Meter werden nicht abgegeben.
Wir haben uns entschlossen, diese für den Hausbedarf unentbehrlichen
Artikel in bester Qualität zu den billigsten Preisen
direct aus erster Hand an das Publicum zu verkaufen. Wir sehen streng
darauf, dass die Stoffe aus dem dem Zweck entsprechenden
besten Qualitäten Baumwolle gewebt worden und dass die Waare in den
Bleichen nicht mit scharfen ätzenden Substanzen behandelt wird, so dass sie
sich positiv gut und dauerhaft erweisen muss. Shirtings von 26 Pfennige per
Meter an, Chiffons von 38 Pfennige per Meter an, Hemdentuch von 37 Pfennige
per Meter an.

Da es Thatsache ist, dass man diese Artikel in ihrer Qualität nur dann
beurtheilen kann, wenn man sie gewaschen hat, weil jetzt das voll-
endete deutsche Appreturverfahren selbst geringe Qualitäten für das Auge
schön ausstattet, so werden wir den Damen, welche sich für unsere Artikel
interessiren sollten, nicht allein die Waare im appretirten Zustande, son-
dern auch ausgewaschene Proben vorlegen lassen, wo-
durch die vorzügliche Qualität sämmtlicher Nummern sofort klar bewiesen wird.

Verkauf nur per Cassa und ohne jedweden Abzug.
MEY & EDLICH, 9 Neumarkt, Leipzig.

CURANSTALT SAUERBRUNN BILIN

Bahnstation „Bilin Sauerbrunn“ der Prag-Duxer und Pilsen-Präsen-Komotauer Eisenbahn.
Saison-Eröffnung am 15. Mai.

Die Curanstalt am Sauerbrunn zu Bilin liegt wenige Schritte von den Quellen entfernt, gegen Nord- und
Westwinde vollkommen geschützt, von reizenden Parkanlagen umgeben. Mit allem Comfort eingerichtete Gastzimmer zu
den Preisen von 3 1/2 bis 20 fl. per Woche, Carosalon, Les- und Speisezimmer, Wannen- (Sauerbrunn) und
Dampfbäder stehen zur Verfügung. Pension nach Schweizer Art von 2 bis 5 fl. pr. Person, Covert mit 4 Gängen
1 fl. 20 kr. und 2 fl. Covert mit 6 Gängen 2 fl. und 3 fl.
Nähere Auskünfte ertheilen auf Verlangen Brunnenarzt Dr. Med. Ritter von Reuss und die
M. F. L. Industrie-Direction in Bilin (Böhmen). [818-22]

Leipzig, 27. 28. 29. 30. 31. (Görlitz, Hof, Jena, Gera, Karlsbad, Eger, Wartensb., Regensburg, München, Wien), 3, 30 (Gera, Götting, Eger, Hof), 4, 15 (Götting, Eger, Wittenberg, Regensburg, München, Wien), 6, 25 (Jena, Götting, Eger, Hof), 10, 40 (nur nach Jena und Chemnitz), 12, 30 (Götting, Eger), Ank. 3, 35 (Götting, Eger), 6, 10 (Gera, Schwarzenberg, Gera, Götting, Eger), 10, 40 (Gera, Schwarzenberg, Gera, Götting, Eger), 12, 30 (Götting, Eger).

Bremen, Hamburg, Rastatt, 10. 6. 44 (Rhein, Braunschweig, Götting, Eger, Wartensb., Regensburg, München, Wien), 3, 30 (Gera, Götting, Eger, Hof), 4, 15 (Götting, Eger, Wittenberg, Regensburg, München, Wien), 6, 25 (Jena, Götting, Eger, Hof), 10, 40 (nur nach Jena und Chemnitz), 12, 30 (Götting, Eger), Ank. 3, 35 (Götting, Eger), 6, 10 (Gera, Schwarzenberg, Gera, Götting, Eger), 10, 40 (Gera, Schwarzenberg, Gera, Götting, Eger), 12, 30 (Götting, Eger).

8. Kaiserpostamt Nr. 7, am Markt, Steina.
9. Kaiserpostamt Nr. 8, auf d. Elisenb. Bahnh.
(Die unter 8-9 aufgeführten Telegraphen-
anstalten haben beschränkten Tagesdienst.)

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Hr. Bruno Bauch in Wittweida mit Frl. Thessa Packer in Gressen.
— Hr. Kaufmann Franz Ebiß in Leipzig mit Frl. Agnes Bendorff. — Hr. Gerichtspräsident Erdmann Otto Frische in Oßchatz mit Frl. Anna Gebert in Ressen.
— Hr. Referendar Oskar Hentschel in Gaimichen mit Frl. Selma Degenfeld. — Hr. Landesbanksecretär Adolf Hoffmann in Altenburg mit Frl. Karoline Pabst in Dresden.
— Hr. Kaufmann Emil Hoppe in Frankenberg mit Frl. Libby Kerßcher. — Hr. Gustav Künzel in Leipzig mit Frl. Sophie Hartmann in Wilsenborsdorf in Schleifen.
— Hr. Moritz Küstner in Leipzig mit Frl. Susanna Wessely in Eger. — Hr. Gerichtspräsident Dr. jur. Albert Müller in Leipzig mit Frl. Hedwig Schürer.
— Hr. Carl Schäfer in Leipzig mit Frl. Minna Kothke. — Hr. Richard Wegstein in Dessau mit Frl. Theodora Orth.

Getraut: Hr. August Arppe in Helfsfors mit Frl. Elisabeth Winkelmann aus Leipzig. — Hr. Paul Findeisen in Dessau mit Frl. Agnes Hoffmann. — Hr. Gustav Hofelbarth in Chemnitz mit Frl. Hedwig Sandig. — Hr. Hermann Müller in Döben mit Frl. Alma Schurig aus Wenzendorf. — Hr. Max Schroeder in Leipzig mit Frl. Helene Koechling. — Hr. Richard Vogel in Plauen mit Frl. Laura Müller.

Geboren: Hr. Martin Baer in Dresden eine Tochter. — Hr. Eduard Kegel in Berlin ein Sohn. — Hr. Hauptmann Legler in Leipzig ein Sohn.

Bestorben: Hr. Chemiker Erwin Fuessel in Leipzig. — Frau Marie Ida Gebr., geb. Ledig, in Ritzsch. — Hr. Hermann Knabe in Leipzig. — Hr. Ernst Wilhelm Langhammer in Leipzig. — Hr. Christian Wilhelm Leberer in Martneufkirchen. — Hr. Bonnier Lehmann in Dresden. — Frau Selma Meyer, geb. Ehrler, in Rudol. — Frau Johanne Friederike verw. Schilling, geb. Semisch, in Eutritsch. — Hr. Hotelier Karl Simon in Stadt-Sulza. — Hr. Richard Sterz, aus Leipzig, in Hamburg. — Frau Christiane Rosine verw. Thomae, geb. Riedel, in Dresden. — Frl. Marie Luise Thura in Volkmarndorf. — Hr. Johann Gottfried Wegig in Neudau. — Hr. Zollamtsassistent Kurt aus dem Winkel in Weipert.

Bibliotheken:

Univeritäts-Bibliothek 8-5 Uhr. Das
Lesezimmer geöffnet von 2-5 Uhr.
Volkshilfsl. I. (4. Bürgerstr.) 7-9 Uhr.
Volkshilfsl. III. (altes Nicolaifolg.) 7-9 Uhr.
Städtisches Museum (Entrée 50 S.),
10-3 Uhr.
Museum für Völkerkunde, Grimm, Stein-
weg Nr. 46. Sonntags, Dienstags und
Donnerstags 11-1 Uhr.
Kunst-Gewerbe-Museum und Vorbil-
deranstalt für Kunstgewerbe, Tho-
masstr. 20, Sonntag 10 bis 1, Mont.,
Mittw. u. Freit. 11 bis 1 Uhr Mittags
unentgeltlich geöffnet. Unentgeltl. Aus-
kunft und Entgegennahme von Aufträgen
auf Zeichnungen u. Modelle für kunstgew.
Arbeiten an allen Wochentagen Mittags
1/2-1 1/2 Uhr.

Patentschriften liegen aus Neumarkt 19, I.
Handelstammer 9-12; 3-5.
Del Bechios Kunstausstellung (Kauf-
halle 9-5 Uhr.

Neues Theater. Besichtig. d. innern Räume
2-4 Uhr. Meldung beim Theaterinspector.
Telegraphenanstalten:

1. Kaiserl. Telegraphenamt (mit ununterbrochenem Dienst bei Tag und Nacht) Kleine Fleischergasse 5.
2. Telegraphenweiganstalt auf d. Börse, Neumarkt (geöffnet 11 U. B. — 3 1/2 U. N. M.).
3. Kaiserl. Postamt Nr. 1, Postg. a. Augustuspl.
4. Kaiserl. Postamt Nr. 2, a. Dresdener Bahnh.
5. Kaiserl. Postamt Nr. 3, a. Bairischen Bahnh.
6. Kaiserl. Postamt Nr. 4, in der Mühlgasse.
7. Kaiserl. Postamt Nr. 6, in der Weststraße.

Mr. 12
Leipziger
Preis
einzelne
20 9
für Leipzig
franco ein
ment auf
Tele
Berlin
Herzog v
einer Einlad
Berlin
den Fürst
Major a
Corps ern
Berlin
vorausgesch
gegen das
ten unterst
der Mächte
angenommen
land gegen
welche sie
mill. Man
wegen des
jwar kein
wird.
Wiesb
Prinz R
eingetroffen.
Münd
und das
Kaiser u
Hochzeitsf
nach den
Künstlerische
Wien
rathes v.
lung seiner
leit des R
der Occup
Ausgleich
dem Minist
und gab
auch fern
ihm die W
Nach einer
aus Philo
sammlung
ostrumelisch
bulgarische
Paris
und Gobi
Die K
A Leipz
schau unte
garten un
über die
nach den v
Der W
Glockengie
Jand in
tage beim
drei Glöde
schließlich
führt; sie
gelante un
tirtir Med
Ein ar
von Gebrü
scher Form
Der im
stuh ist
J. G. Gr
Ein th
in unsern
Kunst der
C. L. L
fenster au
die Alfred
auch die
mit der M